

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Flucht und Migration



Die „Flüchtlingskrise“, oder die „Flüchtlingsfrage“ war ein beherrschendes Thema in der öffentlichen Diskussion der letzten Jahre. Ein Thema das häufig mit vielen Emotionen verbunden ist. Deshalb erscheint es sinnvoll und notwendig, die Fakten, die dabei eine Rolle spielen, nüchtern und realistisch darzustellen und zu analysieren. Was sind die Ursachen, die Bedingungen und was sind die Folgen?

Migration oder Flüchtlingsfrage

Zuerst kann man sich die Frage stellen, ob es sinnvoll ist, sich allein auf die „Flüchtlingsfrage“ im engen Sinn zu konzentrieren, oder ob nicht das Thema weiter gefasst werden muss. Ob man nicht allgemein alle Migrationsbewegungen mit ihren Ursachen und Folgen einbeziehen sollte. Die Diskussion verdichtet sich zwar oft in der „Flüchtlingsfrage“,

es werden dann aber doch (notwendigerweise) alle die Fragen und Themen angesprochen, die bei jeder Migration eine Rolle spielen: Warum gelingt oder scheitert Integration, bedarf es einer „Leitkultur“, für und gegen Multikulti, „gehört der Islam zu Deutschland“, das sind einige der Schlagwörter in der Auseinanderset-

zung, nichts davon bezieht sich ausschließlich auf Flüchtlinge.

Für Deutschland kann man mindestens folgende Kategorien von Migranten bzw. Migrationsbewegungen unterscheiden:

- Aktiv angeworbene ausländische Arbeitskräfte, die ehemaligen Gast-

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Flucht und Migration – I	1
Unsere Jahreskonferenz	8
Zur Lage der Gruppe	10
Flucht und Migration – II	11
Türkei nach der Wahl	14
Kann die SPD von Labour unter Corbyn lernen?	18
Folgen aus den Landtagswahlen	21
100 Jahre unvollendete Revolution	27
Letzte Worte zu Lebzeiten von Heinrich Brandler	30

In eigener Sache

Erst nach Redaktionsschluss wird bekannt, wer zur/zum Vorsitzenden der CDU gewählt worden ist, der neoliberale Atlantiker Merz oder die ehemalige Ministerpräsidentin von der Saar, Kramp-Karrenbauer. Es ist eine politische Richtungswahl in einer immer heterogener werdenden Partei. Wer siegt, hat auch größere Chancen, Nachfolger/-in Angela Merkels als Bundeskanzlerin zu werden. Für eine Kommentierung dieses innenpolitischen Einschnittes ist es noch zu früh.

Die Konfrontation zwischen dem Westen und Rußland spitzt sich zu; sie nimmt immer gefährlichere Ausmaße an. Nach einem provokativen Großmanöver der NATO in Norwegen mit massiver deutscher Beteiligung und vor der Grenze Rußlands hat sich der Konflikt ausgeweitet. Moskau hat nun ebenfalls mit einer militärischen Provokation im Asowschen Meer geantwortet. Vom Völkerrecht ist dies nicht gedeckt; es ist ein Spiel mit dem Feuer.

Die meisten Artikel und Berichte in dieser Nummer haben Bezug auf die Referate und Diskussionen auf unserer Jahreskonferenz im Oktober. Dazu mehr im Bericht zur Tagung. In konstruktiver Diskussion konnten wir uns in der Flüchtlings- und Migrationsfrage einem von allen getragenen Gruppenstandpunkt annähern; wir veröffentlichen ihn in diesem Heft. Auch die Ausführungen über die politische und wirtschaftliche Krise in der Türkei sind in einem Artikel zusammengefasst. Unser britischer Genosse berichtete über die Geschichte

der Labour Party; auch im Hinblick auf eine mögliche „Erneuerung“ der SPD in Deutschland.

In einem innenpolitischen Artikel durchleuchten wir noch einmal die turbulente Zeit vor den Landtagswahlen in Bayern und Hessen; den Absturz der großen Parteien, den Erfolg der AfD und den Aufstieg der Grünen. Die Wahlergebnisse zeigen die Krise von Union und SPD, welche die Mißstimmung der Wählerinnen und Wähler widerspiegelt.

Zum Tod unseres Genossen Manfred Weiß

Die Gruppe hat wieder einen langjährigen Mitstreiter verloren. Im September verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit Genosse Manfred Weiß im Alter von 67 Jahren. Er war ein aktiver, belesener und vielseitiger Mensch und ein fähiger Organisator. Die Gewerkschaftsmitglieder von ver.di in Sulzbach-Rosenberg wählten ihn zu ihrem Vorsitzenden. Die Lücke, die er dort hinterlässt, wird schwer zu schließen sein. Manfred kam aus der Friedensbewegung und setzte sich für den sozialistischen Entwicklungsweg Kubas ein. Ein besonderes Anliegen war ihm der Kampf gegen den ökologischen Niedergang.

Unsere Gruppe wird ihn, nicht nur beim nächsten Versand der „Arbeiterstimme“, vermissen, wo er jahrzehntelang mitgearbeitet hat.

Zur Einschätzung der Novemberrevolution in Deutschland haben wir einen Artikel aus der „Arbeiterpolitik“ nachgedruckt.

Es folgt als Ergänzung zu Jörg Wollenbergs Artikel aus der letzten Arsti 201 „**Mit der Arbeiterpolitik auf dem Weg von der bürgerlichen Republik zur proletarischen Revolution**“ die Veröffentlichung eines Briefes von Brandler an Wolfgang Abendroth und ein Rückblick auf sein politisches Wirken gegen Ende seines Lebens. Aus Platzmangel konnte dieser Text in der letzten Nummer nicht mehr untergebracht werden.



Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Thomas Gradl, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Verleger, Zuschriften:
Thomas Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger
Postbank München
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC: PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



arbeiter. (1955 erstes Abkommen mit Italien, ab 1960 Vereinbarungen mit weiteren Ländern, 1973 Anwerbestopp)

- Angehörige von EU Staaten, die in Deutschland leben und arbeiten
- Spätaussiedler
- Migranten, die Asyl beantragt haben, und die jetzt mit verschiedenen Rechtstiteln (anerkannt, subsidiärer Schutz, abgelehnt aber Abschiebeverbot, noch nicht entschieden) in Deutschland leben
- Eine kleinere Anzahl von meistens höher qualifizierten Arbeitskräften (IT-Experten), die nach der sogenannten „Greencard“ Regelung und ähnlichen Bestimmungen zugewandert sind. In Zukunft eventuell mehr Einwanderer nach dem neuen Einwanderungsgesetz, das die Bundesregierung im Oktober auf dem Weg gebracht hat.

Tatsache ist, dass die Mehrheit der Migranten (bzw. der Menschen mit Migrationshintergrund), die in Deutschland leben, nicht aus der Gruppe der Flüchtlinge stammt. Die größten Gruppen der Migranten sind nach wie vor die in den Jahren 55 bis 73 angeworbenen Arbeitskräfte und ihre Nachkommen und die EU-Ausländer, die ihr Recht auf freien Wohnsitz und Arbeitsplatzwahl wahrnehmen. Teilweise, wie etwa bei Italienern und Griechen, lassen sich die beiden Gruppen auch nicht mehr trennen.

Politisch gibt es aber eine starke Zuspitzung auf die „Flüchtlingsfrage“. In Medien und Politik wird teilweise der Eindruck erweckt, als wäre sie die alles entscheidende Frage (Seehofer: „die Mutter aller Probleme“). Diese Zuspitzung funktioniert vermutlich deshalb, weil von der Flüchtlingsfrage starke Bedrohungsängste ausgelöst werden können. Denn die Bewegungen der Flüchtlinge lassen sich, im Gegensatz zu anderen Arten der Migration, nicht oder nur sehr schwer steuern. Das Anwerben von Gastarbeitern konnte 1973 eingestellt werden, bei den Spätaussiedlern war von vornherein bekannt, dass nur eine begrenzte Anzahl dafür infrage kommt. Flüchtlingswellen werden dagegen von kriegesischen Konflikten, Armut und Verelendung oder den Folgen des Klimawandels ausgelöst. Sie betreffen potentiell einen erheblichen Teil der Weltbevölkerung, und damit eine sehr große Anzahl von Menschen. Jeder weiß oder ahnt, dass alle diese potentiellen Ursachen nicht unter Kontrolle sind. Niemand, egal ob USA, EU oder UNO kann hier Stabilität garantieren. Dies erzeugt Ängste, was natürlich von interessierter Seite angeheizt werden kann, und wird oft auch als viel schwerwiegender wahrgenommen wird, als durch die konkreten Zahlen gerechtfertigt wäre.

Immer wenn die Zahl der Asylansträge stärker anstieg, wurde in Deutschland eine heftige Diskussion entfacht und immer folgte dann ein Abbau der Asylrechte bzw. eine Verschärfung anderer dazugehörigen Bestimmungen. Auf die Flüchtlingswelle, ausgelöst durch die Auflösungskriege in Jugoslawien, folgte 1993 der sogenannte Asylkompromiss mit einer Einschränkung des individuellen Grundrechts auf Asyl (der geänderte Artikel 16a GG ermöglicht es jetzt sichere Herkunftsstaaten festzulegen). Nach der Grenzöffnung 2015 und der Aufnahme der Flüchtlinge der Balkanroute, erfolgten im sogenannten Asylpaket I (2015) und im Asylpaket II (2016) umfangreiche Änderungen (d.h. aus Sicht der Asylbewerber Verschlechterungen) in diversen einschlägigen Gesetzen. Zur Zeit sind bekanntlich die sogenannten Ankerzentren und verschärfte Abschieberegeln geplant.

Die Ursachen: ungleiche Entwicklung im Kapitalismus, zunehmende Umweltrisiken

Die weltweite Entwicklung ist von starken Ungleichheiten geprägt. Bei allen Problemen in den kapitalistischen Zentren, sie sind nach wie vor Bereiche des Wohlstands und der Prosperität verglichen mit vie-

len anderen Regionen der Welt. Das Aufholen der bisher unterentwickelten Welt gestaltet sich sehr zäh und selektiv. Sieht man vom Sonderfall China ab, sind die verbleibenden Entwicklungserfolge nicht mehr so beeindruckend. Etliche Länder z.B. in Afrika waren und sind praktisch von einer aufholenden Entwicklung gänzlich abgekoppelt.

Damit reproduzieren sich ständig die Ursachen der Migration, die Zentren saugen Arbeitskräfte an und in der Peripherie gibt es viele Menschen, die mehr oder weniger verzweifelt eine Perspektive suchen. Grundsätzlich bezieht sich das Ansaugen von Arbeitskraft auf alle möglichen Stufen der Qualifikation. Je nach Land, Grenzregime, Einreiserecht und ganz praktisch den gegebenen Wegverhältnissen entwickeln sich dann die Migrationsströme. Latinos aus Mittelamerika als Erntehelfer in die USA. Kriegsflüchtlinge aus Syrien und Afghanistan nach Europa. Indische Programmierer mit Greencard ebenfalls in die USA und in Zukunft eventuell auch häufiger nach Deutschland. In fast allen Zielländern ist das Thema Migration hoch kontrovers. Es gibt unterschiedliche Vorstellungen und heftige Auseinandersetzungen darüber wie Zuwanderung einzuschätzen ist und wie eine adäquate Vorgehensweise ausschauen könnte. Man denke nur an die Politik von Präsident Trump mit seiner Mauer gegen Mexiko und seiner Hetze gegen Mexikaner bzw. den Einreisestopp für Reisende aus fünf muslimischen Ländern, aber auch an den Widerstand von weiten Kreisen in den USA gegen diese Politik.

Wir leben in einem Kapitalismus, der in den letzten Jahrzehnten praktisch weltweit von Neoliberalismus geprägt war. Die Folge sind Ungleichheiten auf den verschiedensten Ebenen. Auch innerhalb von Deutschland gibt es Regionen von denen die Menschen fortziehen müssen und Ballungsgebiete, die Arbeitskräfte anziehen. Das setzt sich innerhalb von EU-Europa fort mit entsprechend prosperierenden und stagnierenden Regionen. Noch schärfer sind die Gegensätze im weltweiten Maßstab. Migration und Flucht ist immer vor diesen Hintergrund einzuschätzen und zu beurteilen. Solche ungleichen Entwicklungen sind sozusagen der

Normalfall im Kapitalismus. Sie hat es schon immer gegeben und hat auch schon immer Ströme der Migration ausgelöst. Und das Kapital hat natürlich immer Interesse an Nachschub für (meistens) billige Arbeitskräfte.

Unmittelbare Ursachen für große Fluchtbewegungen sind oft Kriege oder kriegsähnliche interne Auseinandersetzungen. Insbesondere sind Kriege die Ursache für den wellenförmigen Anstieg der Zahl von Flüchtenden, der dann als „Flüchtlingskrise“ in den Zielländern wahrgenommen wird. Allerdings sind die konkreten materiellen und sozialen Verhältnisse auch in nicht direkt von Krieg betroffenen Ländern oft kaum besser. Autoritäre und korrupte Regimes, verschärfen die Lage der dort lebenden Menschen. Vorherrschend ist eine Perspektivlosigkeit, die den Versuch in der Ferne Fuß zu fassen verlockend macht. Die Risiken dorthin zu gelangen und die Schwierigkeiten, die im Ankunftsland zu erwarten sind, erscheinen als hinnehmbar. Auf den Weg machen sich nicht unbedingt die ärmsten der Armen, sondern auch Menschen, die vergleichsweise gut ausgebildet sind und einen gewissen finanziellen Rückhalt in ihrer Familie haben, allerdings deshalb auch einen entsprechenden Erwartungsdruck ausgesetzt sind.

Durch den immer stärker sich bemerkbar machenden Klimawandel baut sich eine weitere Verschärfung der Situation auf. Denn wenn der für viele Regionen extrem wichtige Sektor der Subsistenzwirtschaft seine Fähigkeit verliert, für große Teile der Bevölkerung zumindest eine halbwegs auskömmliche wirtschaftliche Grundlage zu bilden, könnten bisher noch einigermaßen stabile Zonen noch weiter in den Krisenstrudel hineingezogen werden. (Die Gefährdung der Subsistenzwirtschaft muss dabei nicht notwendigerweise in den offiziellen Wirtschaftszahlen zum Ausdruck kommen, weil die Subsistenzwirtschaft meistens nur unzureichend statistisch erfasst wird.)

Ein sich abzeichnender politischer Konsens ?

Während auf EU Ebene die Zukunft der „Dublin Vereinbarung“ (oder einer Nachfolge Regelung)

noch völlig offen ist, zeichnet sich für Deutschland ein neuer politischer Konsens ab. Die Wirtschaft verlangt nach Arbeitskräften, sie fordert auch von den konservativen Parteien in dieser Hinsicht mehr Flexibilität. Einwanderung von ausgewählten Arbeitskräften soll ermöglicht werden. Dazu soll das neue Einwanderungsgesetz dienen. Vielleicht zeigt man dann auch etwas mehr Flexibilität gegenüber bereits hier lebenden Flüchtlingen, deren Antrag abgelehnt wurde, nach Maßgabe ihrer beruflichen Integration. Unkontrollierte Einwanderung ist aber weiterhin nicht erwünscht. Die Abschottung dagegen wird weiter ausgebaut. Auch wenn humanitäre Maßstäbe noch nicht generell und gänzlich aufgegeben wurden (ertrinkende Flüchtlinge sind noch nicht allgemein akzeptabel) schreitet die Brutalisierung immer weiter voran.

Bekämpfung der Fluchtursachen, ein zweischneidiges Schwert

Die Vorstellung bevorzugt Hilfeleistungen nahe an den Ursachen zu geben und die Migrationsursachen und Fluchtgründe anzugehen, erscheint auf dem ersten Blick vernünftig und kann im Prinzip unterstützt werden. Oskar Lafontaine hat z.B. argumentiert, dass mit den für die Flüchtlingsbetreuung hier eingesetzten Geldmitteln in den Herkunftsländern bzw. deren Nachbarländern wesentlich mehr erreichbar wäre. Richtig ist sicher auch die Feststellung, dass die große Mehrheit der Flüchtlinge/Migranten eine realistische Perspektive in ihren Herkunftsländern der Auswanderung vorziehen würde. Allerdings ist die Parole „Bekämpfung der Fluchtursachen“ ein zweischneidiges Schwert. Man darf sich nicht täuschen lassen. Es besteht die Gefahr, dass zu einem erheblichen Ausmaß Etikettenschwindel betrieben wird. Es geht oft mitnichten um die Hilfe für potentielle Migranten, sondern um die Etablierung von abschreckenden Strukturen, es geht um Hilfe für Regierungen und die sie tragenden Klassen als Belohnung für reibungslose Zusammenarbeit, Hilfe zur Rückkehr von einzelnen Menschen in ihre Heimatländer, die aber bei der simplen Rückkehr ste-



8. Dezember, Pegida-Aufmarsch in München

henbleibt, und damit auch die Rückkehr in die alte Misere bedeutet. Oder es wird gleich die Beseitigung des Problems per Beschluss angestrebt, indem weitere Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden.

Was bedeutet Migration für die Zielländer

Da gilt es zuerst einmal zu unterscheiden für wen in den Zielländern. Wie oben ausgeführt, hat das Kapital grundsätzlich ein Interesse an zuwandernden Arbeitskräften. Auch für den Staat, als ideellen Gesamtkapitalisten, kann es naheliegend sein auf sich abzeichnende Engpässe in der Bevölkerungsstruktur durch Zulassung von Einwanderung zu reagieren. Viele Ökonomen sehen in kontinuierlicher Zuwanderung eine Ursache für und einen Weg zu Wirtschaftswachstum und Prosperität.

Allerdings gibt es auch eine andere Sicht der Dinge. Zuwanderung bedeutet auch verstärkte Konkurrenz um Arbeitsplätze und Druck auf die Löhne, meistens besonders im Niedriglohn Sektor. Es bedeutet auch Zunahme des Mangels an bezahlbaren Wohnungen. Auch in einer Reihe von anderen Bereichen können Probleme entstehen, z.B. verursacht die Integration von Kindern mit anderer Muttersprache erhebliche Belastungen für

meistens sowieso unterfinanzierten Bildungseinrichtungen.

Vorteile und Nachteile können also höchst ungleich verteilt sein.

Was macht Migration mit den Herkunftsländern

Die Auswirkung auf die Herkunftsländer wird meistens in der Diskussion vernachlässigt. Sie sind zwiespältig. Eher positiv ist der Zustrom an Devisen zu verzeichnen, der durch Überweisungen der Migranten an ihre zurückgebliebenen Familien und Angehörigen erfolgt. Für viele Länder ist das eine bedeutende Devisenquelle, für manche sogar die bedeutendste. Der Druck auf den inländischen Arbeitsmarkt wird durch Abwanderung gelindert. Eventuell ist Migration auch ein Ventil für politischen Druck, was im Interesse der jeweiligen Machthaber wäre. Ein wesentlicher Nachteil ist der sogenannte Brain-Drain, gerade die gut ausgebildeten Menschen verlassen das Land. So wird z.B. von Malawi berichtet, dass in England inzwischen mehr malawische Ärzte praktizieren als in Malawi selbst, obwohl für die medizinische Versorgung des Landes Ärzte dringend gebraucht würden. Dadurch ergibt sich das Paradox, dass die armen Ländern die Ausbil-

dung finanzieren, die dann den reichen Metropolen zugute kommt.

Grundsätzlich ist auch festzustellen, dass Migration dazu führen kann und oft auch dazu führt, dass die Ungleichheit und der Status als abhängige Wirtschaftsregion eher verfestigt als überwunden wird. Wenn die aktiven und relativ gut ausgebildeten Kräfte ins Ausland gehen, wer sollte dann eine Produktivkraftentwicklung vorantreiben? Rücküberweisungen können zwar für viele Angehörigen eine oft bitter notwendige Hilfe sein, fließen aber meistens in den Konsum von importierten Gütern. Eine eigenständige Entwicklung wird dadurch selten angeregt.

Auf der politischen Ebene gibt es leider wenig Ansatzpunkte für die prinzipiell sinnvolle und wünschenswerte, solidarische Zusammenarbeit von (linken) Organisationen aus der Peripherie und den Zentren. Zur Zeit ist nicht zu erkennen, dass ein solcher echter Internationalismus politisch wirksam werden könnte.

Offene Grenzen sind nicht die Lösung

Deutschland ist seit langen ein Einwanderungsland, auch wenn man das bis vor kurzen in weiten Kreisen noch verleugnet hat. Was bedeutet aber diese Feststellung ? Einwande-

rungsgesellschaften versuchen die Einwanderung nach ihren Interessen zu steuern. Sie wollen festlegen wer, welche Qualifikationen, wie viele davon, wann einwandern dürfen. Handlungsanleitend ist das „Interesse des Landes“. Wie definiert sich aber dieses „Interesse des Landes“. Letztlich sind durch die kapitalistischen Verhältnisse bestimmte Interessen und nicht Humanität entscheidend. Es ist nicht zu erkennen wie das geändert werden könnte, ohne auch die Machtverhältnisse grundlegend zu ändern. Wer diese letztliche Interessenbestimmung durch den Kapitalismus nicht erkennt oder wahrhaben will, wird die Bildung einer wirklichen antikapitalistischen Kraft nicht stärken sondern schwächen.

Diese Feststellung ist notwendig, um eine adäquate linke Antwort und Herangehensweise auf die gesellschaftlichen Fragen verknüpft mit Migration und Flucht zu finden. Antworten, die nicht von der gesellschaftlichen Situation abstrahieren und sich auf abstrakt moralische Positionen beschränken. Antworten, die den Klassenstandpunkt explizit mit einbeziehen, die auch die Kräfteverhältnisse in der kapitalistischen Weltgesellschaft nicht außer acht lassen. Antworten, die von Solidarität und der Einheit der arbeitenden Klasse geprägt sind.

Weit verbreitet bei vielen kritischen Bürgern und auch in der Partei „Die Linke“ sind Forderungen nach einer Öffnung der Grenzen und der weitgehenden Freigabe von Einwanderung. Offene Grenzen versprechen eine radikale und grundsätzliche Lösung für das Problem und nicht nur ein Herumdoktern an Symptomen. Die Forderung hat deswegen eine gewisse Überzeugungskraft. Aber realistisch betrachtet ist sie illusionär, wirklich auf die Probe gestellt kann das nicht funktionieren. Entscheidend ist, solche Forderungen nach Öffnung der Grenzen geben eine falsche Perspektive für jeden langfristigen Kampf. Die sozialen Probleme der Welt werden nicht durch Aus- und Einwanderung gelöst. Aufnahme von Flüchtenden kann immer nur ein Notbehelf (wenn auch für viele ein lebensrettender) sein, aber nicht die echte Lösung des Problems, die auch die Reproduktion der Flucht- und Migrationsursachen beseitigen würde.

Auch wenn es vermutlich nicht in der Absicht der Befürworter ist, nähern sie sich damit der Vorstellung von einer völlig freien weltweiten Konkurrenz der Individuen um die Arbeitsplätze an. Es wird dabei ausgeblendet, dass bisher Sozialstaatlichkeit, Tarifverträge und ähnliche Regelungen praktisch ausschließlich im Rahmen von Nationalstaaten durchgesetzt werden konnten. Hauptsächlich nationalstaatlich organisiert sind auch die Strukturen, die den Sozialstaat erkämpft haben und zu seiner Verteidigung in Frage kommen, wie etwa Gewerkschaften, Parteien etc.. Alle sozialen Errungenschaften beruhen auf Klassenkompromissen. Durch starke Migration können die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen solcher Kompromisse verändert werden. Ein großes Angebot an Arbeitskräften kann Tarifverträge aushöhlen, steigender Finanzbedarf für Sozialleistungen kann den entsprechenden früher erzielten Kompromiss bei Steuerfragen gefährden. Man muss diesen Sachverhalt der nationalstaatlichen Verfasstheit nicht gut finden, aber er ist zuerst einmal eine Gegebenheit und nur der Wunsch allein bringt noch keine Änderung. Um es auf den Punkt zu bringen, vollkommen offene Grenzen wären im Kapitalismus durchaus denkbar, bei den gegebenen Kräfteverhältnissen aber nur bei einer weitgehenden Aushöhlung des Sozialstaats. Viele Befürworter der offenen Grenzen scheinen noch nicht einmal diese Problematik erkannt zu haben, zumindest thematisieren sie diesen Punkt nicht.

Diese Kritik am Konzept der offenen Grenzen ist keineswegs gleichbedeutend mit einer Forderung nach Abschottung. Es geht nicht um eine Schließung der Grenzen und um einen Stopp der Einwanderung, sondern um die Erkenntnis, dass offene Grenzen ohne gleichzeitige weitgehende gesellschaftliche Veränderungen nicht das Ziel sein kann, auf dem sich die (sozialistische) Linke ausrichtet.

Offene Fragen

Aus dieser Analyse ergeben sich eine Reihe von Fragen. Wenn der Sozialstaat, so wie er aufgebaut ist

(Tarifverträge und staatliche Umverteilung), durch massive Migration in Frage gestellt werden kann, würde das dafür sprechen die Migration zu begrenzen. Damit stellt sich natürlich die Frage welche Steuerungsmaßnahmen für uns denkbar und akzeptabel wären. Das ist eine sehr schwierige Frage, sowohl was die Formulierung eventueller Ziele wie Obergrenzen der Zuwanderung, eine eventuelle Differenzierung in Flüchtlingen und sonstigen Migranten und ähnliche öffentlich diskutierte Punkte betrifft. Genauso schwierig ist die Frage welche konkreten Maßnahmen zur Durchsetzung solcher Ziele akzeptiert werden könnten. Bei allen denkbaren Maßnahmen ist der Spielraum, bis die Grenze zum Inhumanen überschritten wird, sehr gering. Für diese Fragen gibt es zur Zeit keine überzeugende Lösungsvorschläge. Sie müssen also offen bleiben. Das ist zugegebenermaßen eine Schwäche der hier vertretenen Position. Der Einwand, dass die Linke zur Zeit sowieso zu schwach ist, um auf die tatsächlichen Handlungen und Verhaltensweisen der Staaten wesentlichen Einfluss zu nehmen, benennt zwar ein zutreffendes Faktum, löst aber das oben genannte Dilemma nicht.

Anzeige

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradiakalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

Bremen 1980, 65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org



Für Einheit in der Klasse

Es ist das Ziel der Linken, das sollte unbestritten sein, die Einheit innerhalb der arbeitenden Klasse zu stärken, egal ob Klassenangehörigen eingeboren oder wann auch immer eingewandert sind, um gemeinsam für soziale Absicherung und gegen Verschlechterungen zu kämpfen.

Die globale Spaltung zwischen kapitalistischen Zentren und den verschiedenen Stufen der Peripherie, die letztlich die Ursache der diversen Migrationsströme ist, bleibt dadurch aber unberührt. Eine grundsätzliche Lösung würde gesellschaftliche Veränderungen in Zentren und Peripherie erfordern. Gewiss, kurzfristig sind hier keine Erfolge zu erwarten. Trotzdem muss daran festgehalten werden, dass nur so eine wirkliche Lösung möglich ist.

Langfristig muss es für eine sozialistische Linke das Ziel sein die Verankerung in allen Teilen der arbeitenden Klasse zu verstärken und durchaus auch zu versuchen den Teil mitzunehmen, der spontan zu problematischen (ausländerfeindlichen, ja rassistischen) Vorstellungen neigt. Mitnehmen bedeutet nicht Anpassung an das gegebene Bewusstsein, sondern durch konsequente Interessenvertretung den Aufbau von Vertrauen und anschließende Überzeugungsarbeit.

Probleme die durch Einwanderung entstehen oder verschärft werden (Wohnungsmangel, Lohndruck besonders bei einfachen Arbeiten, Bildungswesen) dürfen nicht verschwiegen, kleingeredet oder verdrängt werden. Denn bei solchen Punkten setzt die rechte Propaganda

an und findet eine scheinbare Bestätigung in der Realität. Vielmehr ist es die Aufgabe von Linken diese Punkte zu analysieren und solidarische Vorschläge zu ihrer Beseitigung/Milderung zu entwickeln. Dabei müssen die wahren Schuldigen benannt werden, Vorstellungen, die die Migranten zum Sündenbock machen ist entgegenzutreten.

Beim Wohnungsmangel kann z.B. eindeutig gezeigt werden, dass die Probleme durch die ungleiche Entwicklung innerhalb Deutschlands und die davon verursachten Bodenpreissteigerungen in den Ballungsgebieten, durch die Rückführung des öffentlichen Engagements für den sozialen Wohnungsbau und ganz allgemein durch die vorherrschende Marktgläubigkeit und den Interessen der Eigentümer nahestehende Politik verursacht werden.

Idealerweise könnte gezeigt und vermittelt werden, dass die Probleme der Einheimischen, der Migranten und der potentiellen Migranten letztlich die gleichen Ursachen haben. Dieses Ziel ist zugegebenermaßen in der Praxis nicht immer zu erreichen, aber es sollte eine Richtschnur bei allen Aktivitäten, praktisch wie propagandistisch, sein. Selbstverständlich ist jeder rassistischen Hetze entgegenzutreten.

Gegen eine Spaltung der Linken

Auch wenn wir durch Einwanderung verursachte Probleme nicht verschweigen, dürfen wir keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass inhumane Maßnahmen für uns in keiner Weise akzeptabel sind. Den

Armen und Flüchtenden gilt unsere Solidarität, eine „Lösung“ darf nicht auf ihren Rücken erfolgen. Das Einstellen der Seenotrettung ist nicht hinnehmbar. Es darf kein Paktieren mit zweifelhaften Kräften z.B. gewissen Milizen in Libyen geben. Bei solchen konkreten Fragen ist selbstverständlich die Zusammenarbeit mit rein humanitär orientierten Kräften sinnvoll und notwendig. Es soll niemand dafür kritisiert werden, dass er sich für humanitäre Ziele einsetzt, kurzfristig sind Forderungen nach humanitären Schutz das einzig noch einigermaßen durchsetzbare und bleiben deshalb auf der Tagesordnung.

Strategisch ist es aber für alle linken, auf Überwindung des Kapitalismus ausgerichteten Kräfte wichtig, humanitäres Engagement mit den sozialen Interessen aller Arbeitenden zusammen zu denken und, wo notwendig, wieder zusammen zu führen. Spaltungen innerhalb der arbeitenden Klassen in, zugespitzt formuliert, gut ausgebildete und gut verdienende, kosmopolitisch eingestellte auf der einen Seite und vorwiegend prekär Beschäftigte auf der anderen Seite sind bis zu einem gewissen Grade objektiv angelegt. Linke Politik darf nicht den Fehler machen zu einer Verhärtung und Vertiefung solcher Spaltungen beizutragen. Im Gegenteil linke Politik hat die Aufgabe die Gefahr solcher Spaltungstendenzen zu erkennen und durch eine bewusste Strategie, die die Einheit in der Klasse betont, entgegenzuwirken.

Wenden wir uns gegen eine Spaltung der Linken Kräfte. Leider gibt es dazu bereits Ansätze.

Unsere Jahreskonferenz

Die diesjährige Jahreskonferenz der Gruppe fand am 26./27. Oktober in alter Tradition wieder in Nürnberg statt. An der Tagung nahmen auch Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik und der Gruppe International Dorfen teil.

Die Teilnehmerzahl war etwas geringer als letztes Jahr. Einige Genossinnen und Genossen konnten aus gesundheitlichen Gründen oder auf Grund ihres hohen Alters nicht an unserer Jahreskonferenz teilnehmen. Leider ist ein Freund und Genosse, ein altgedienter, einflussreicher Gewerkschafter, im September überraschend einem Krebsleiden erlegen.

Unser langjähriger Freund und Genosse M.J. war wieder aus England angereist; ein anderer war aus Österreich zu unserer Tagung gekommen.

Wie immer wollten wir auf unserer Jahreskonferenz verschiedene po-

litisch und gesellschaftlich relevante Themen tiefergehend beleuchten und diskutieren. An wichtigen Themen besteht zur Zeit wahrlich kein Mangel. Wir hatten uns im Vorfeld für folgende Tagesordnung entschieden:

- Samstag:**
- Bericht zur Lage der Gruppe
 - Aussprache über die innenpolitischen Lage
 - „Monsieur le Capital und Madame la Terre – Blauer Planet im Würgegriff“ Zu den Widersprüchlichkeiten zwischen kapitalistischer Ökonomie und der Ökologie
 - Die Flüchtlingsfrage: Versuch eine thematischen Annäherung

- Sonntag:**
- Die Türkei nach der Wahl
 - Labour auf Erfolgskurs – ein Vorbild für die Linke in Deutschland?

Zu einigen Themen hatten Genossen Referate ausgearbeitet. Wir werden sie wie immer in leicht überarbeiteter Form in dieser Nummer der Arsti abdrucken. Leider hatte uns der Referent, der das Thema Ökologie und Kapitalismus genauer untersucht hatte, kurzfristig abgesagt, so dass wir bei diesem Tagesordnungspunkt improvisieren mussten.

Den *Bericht zur Lage der Gruppe* hielt wie schon seit vielen Jahren unser Altgenosse aus Nürnberg. Er begann mit einer knappen Einschätzung der Weltlage und der Lage in Deutschland. Hier gab es nicht viel Erfreuliches zu berichten: die Bedingungen für die Lohnarbeitenden verschlechtern sich und der Sozialstaat fällt auch weiterhin der neoliberalen Abrißbirne zum Opfer. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf. Immer mehr Kinder, besonders von Alleinerziehenden, sind von Armut bedroht. Doch die Betroffenen verschaffen sich keine Klarheit über ihre Lage und führen sich nicht vor Augen, was die Wurzel ihres Übels ist. Anstatt sich solidarisch gegen den Kapitalismus zu wehren, lassen sie sich von den Parolen der rechten Rattenfänger das Hirn vernebeln und suchen die Schuld für ihre eigene Misere bei den Flüchtlingen, die ja angeblich alles bekommen, während sie selber ...

Die-
ser Ein-
stellung
leistet
auch See-
hofer Vor-
schub, der
die Flücht-
lingskrise als
die Mutter aller
Krisen bezeichnete. Entsprechend werden die vermeintlichen Eigeninteressen in den Vordergrund gestellt und Sündenböcke gesucht, anstatt solidarisch zu handeln. Da werden dann nicht die, die wirklich auf der Kehrseite der Medaille Arm und Reich sitzen, als Verursacher gesehen, sondern die noch Schwächeren werden, wie gesagt zum Sündenbock für das Elend gemacht. Es ist erschreckend, in welcher kurzen Zeit es den rechten Kräften gelungen ist, so eine Stimmung im Lande zu schaffen; sie können die bürgerlichen Parteien mit der Flüchtlingsthematik direkt vor sich her treiben.

Unter den hier nur kurz angesprochen Bedingungen hat es eine linke Politik, wie wir sie vertreten, schwer, Anklang zu finden. Trotz allem haben wir es wieder geschafft, vier Ausgaben der Arbeiterstimme herauszubringen, eine Leistung, die sich durchaus sehen lassen kann.

An das Ende seiner Ausführungen stellte der Genosse die Würdigung unseres 1991 verstorbenen Genossen Isaak „Isi“ Abusch. Isi musste in seinem Leben Krieg, Faschismus und rassistische Verfolgung erleiden und ist trotz allem der kommunistischen Sache treu geblieben. Wir können bis heute von seinem, nicht nur ideellen, Vermächtnis zehren und sollten uns seine Standhaftigkeit zum Vorbild nehmen.

In der Aussprache über diesen für die Weiterarbeit so wichtigen Bereich gab es Kritik und Anregungen: Artikel in der Zeitung sind nur bedingt ansprechend; manche sind zu lang; eventuell sollte eine andere Druckform gewählt werden; die Nutzung neuer Medien sollte vorangetrieben werden; ein Ver-



Anzeige

August Thalheimer:

**Einführung in den
dialektischen Materialismus**



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

linken mit anderen Gruppen sollte angestrebt werden. Über all diese Vorschläge lohnt es sich, genauer nachzudenken und zu überlegen, wie wir sie verwirklichen könnten. Einige waren schon letztes Jahr angeregt worden, die Umsetzung scheiterte allerdings an unseren geringen Kräften.

Ein Muss sollte allerdings die Aktualisierung und Pflege der Homepage werden.

Inhaltlich bringen wir mit den Artikeln in der Arsti den Gruppenstandpunkt bzw. unsere politische Überzeugung bei der Einschätzung aktueller Themen zum Ausdruck. Einige Genossen vertraten die Meinung, dass es weniger auf das äußere Erscheinungsbild der Arsti ankomme, sondern dass vielmehr die Inhalte das Entscheidende sind – ein Standpunkt, den wir nun schon viele Jahre so umsetzen; allerdings, wie zu verzeichnen ist, mit beschränkter Attraktivität. Vieles von der Kritik und den Anregungen ist richtig und wünschenswert; allein, es fehlen die Kräfte, dies in die Tat umzusetzen. Mit den vorhanden werden wir uns bemühen, unseren Standpunkt weiterhin zu verbreiten und somit den sozialistischen Funken am Glimmen zu halten.

Am Anfang des Tagesordnungspunktes *„Aussprache zur innenpolitischen Lage“* ging unser Nürnberger Genosse auf das Ergebnis der Landtagswahlen in Bayern ein, bei der CSU und SPD hohe Verluste einstecken mussten (vgl. dazu *„Zur Krise der Volksparteien“* in Arsti 200). Gewinner war neben den Freien Wählern, den Grünen und der AfD auch Die Linke (+ 1%), die aber trotzdem an der 5 Prozent-Hürde scheiterte. Das Ergebnis zwingt die CSU zu einer Koalition; in den Freien Wählern habe sie aber einen Partner gefunden, der gewährleisten dürfte, dass fast alles so bleibt, wie es war. Die CSU hatte mit ihrer Flüchtlingshetze überzogen, was dann auch von einem Teil des immer noch christlichen Klientels in der Partei abgelehnt worden war. Der Strukturwandel in Bayern vom Agrar- zum Industrieland hatte zum Entstehen einer breiteren Mittelschicht geführt, die mit den Grünen sympathisierte. Auch die Einsicht, dass es ökologisch nicht so weiter-

gehen kann – der heiße und trockene Sommer war das Tüpfelchen auf dem – hat zum Wahlerfolg der Grünen beigetragen. Das soll an dieser Stelle genügen. Einen ausführlichen Bericht zu den Wahlen in Bayern und Hessen, der auch in diesem Heft steht, hat unser Autor aus Bremen verfasst.

Bei der Diskussion über die Innenpolitik in Deutschland landeten wir immer wieder bei Fragen zur EU. Diese Diskussion kann an dieser Stelle allerdings nicht wiedergegeben werden.

Im Verlauf der Diskussion kamen wir laufend auf das Thema Flüchtlinge und den Umgang mit ihnen zu sprechen, so dass wir den Tagesordnungspunkt *„Die Flüchtlingsfrage: Versuch eine thematischen Annäherung“* vorzogen. Dieses thematisch schwierige und emotional aufgeladene Thema hatten wir zwar schon des Öfteren im kleineren Kreis, auf Redaktionssitzungen oder bei Monatstreffen besprochen. Wir hatten uns aber vorgenommen, die Problematik auf der Jahreskonferenz zu erörtern, um uns langfristig dazu einen Gruppenstandpunkt zu erarbeiten. Dazu lagen zwei Referate vor. Im ersten fasste ein Genosse den Diskussionstand in der bundesdeutschen Linken zusammen, im zweiten ging ein anderer Genosse auf die vielschichtige Thematik dieser Frage ein. Beide Referate werden in leicht abgeänderter Form in dieser Nummer abgedruckt.

Zu den Widersprüchlichkeiten zwischen kapitalistischer Ökonomie und der Ökologie hatten wir den Verfasser des Buches *„Monsieur le Capital und Madame la Terre – Blauer Planet im Würgegriff“*, Gerhard Armanski, gewinnen können. Er wollte die wichtigsten Ausführungen daraus in komprimierter Form als Diskussionsgrundlage vorstellen. Leider musste er uns in der Woche vor der Konferenz kurzfristig absagen. Da wir auch kein ausgearbeitetes Referat vorliegen hatten, behielten wir uns mit der Rezension des Buches aus der Arbeiterstimme 189 (Herbst 2015), die ein Genosse vorlas. Leider wollte danach keine richtige Diskussion mehr aufkommen.

Den Sonntag eröffnete ein Genosse mit dem Vortrag *„Die Türkei nach der Wahl“*. Kurz nach den

Parlamentswahlen, die Erdogan aus Furcht vor den drohenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise vorgezogen hatte, treten diese offen zu Tage. Die Inflation steigt weiterhin an, eine massive Kapitalflucht findet statt; die Rating-Agenturen stufen die Türkei weiter ab, die Zinsen sind auf den Stand von ca. 25 % gestiegen, die Reallöhne sind um 50 % gesunken, der Mindestlohn beträgt 270 € – das alles bei einer gleichzeitigen Explosion der Mieten in den großen Städten, besonders in Istanbul. Als Augenwischerei dient vor diesem Hintergrund die großmächtige Eröffnung des Prestigeobjekts neuer Flughafen, der am 29.10., dem Tag der Republik, medienwirksam eingeweiht wurde; dass dieser im Wasserschutzgebiet von Istanbul liegt, wurde geflissentlich verschwiegen.

Als Zeichen der internationalen Solidarität soll unsere traditionelle Spende in diesem Jahr die linke Tageszeitung *Evrensel* in der Türkei unterstützen. Die Sammlung erbrachte 560 €.

Anschließend hielt unser englischer Genosse sein Referat *„Labour auf Erfolgskurs – ein Vorbild für die Linke in Deutschland?“*. Er begann mit einem geschichtlichen Überblick über die Gründung und die Entwicklung der Labour Party und verglich diese mit der der SPD. Daraus leitete er u.a. die aktuelle Politik von Labour, die ja, nachdem sie unter Blair zu New Labour verkommen war und von Corbyn wieder zu einem fortschrittlichen, linken Kurs zurückgefunden hat, ab. Der Genosse hat uns nachträglich sein ausgearbeitetes Referat zugeschickt, wir haben es übersetzt und drucken es ab.

Auch diese Jahreskonferenz hat den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wieder Aufschwung gegeben. Die konstruktiven Auseinandersetzungen mit den verschiedenen Themen hat uns Klarheit verschafft. Das Zusammensein mit den Genossinnen und Genossen auch von Arpo und AGI haben unseren Zusammenhalt gestärkt.

Wir werden uns bemühen, die Anregungen in die Arbeit der Gruppe aufzunehmen und sind zuversichtlich, dass wir auch im kommenden Jahr vier Ausgaben der Arsti herausbringen werden.

Zur Lage der Gruppe

Wir sind eine der kommunistischen Gruppen, die trotz des Fehlens einer unmittelbaren sozialistischen oder kommunistischen Perspektive in den entscheidenden kapitalistischen Ländern versuchen, unsere marxistische Grundauffassungen und die Notwendigkeit einer sozialistischen Umgestaltung weiterzutragen und in den Tageskampf einzubringen. Wir stehen damit im Gegensatz zum politischen Trend dieser Zeit, der ja auch lange Zeit noch belastet sein wird von der historischen Niederlage des Sozialismus vor allem in der Sowjetunion und in China. Die unreifen Bedingungen in diesen Ländern konnten - nach dem Ausbleiben der erwarteten Revolutionen in den weiter entwickelten kapitalistischen Ländern mit starken Arbeiterbewegungen - durch Voluntarismus nicht überwunden werden. Die imperialistischen Mächte hatten keine Gewalt gescheut und sich als stärker erwiesen. Doch die Widersprüche des kapitalistischen Systems mit Finanz- und Wirtschaftskrisen bestehen weiter. Ohne verheerende Kriege und einen gigantischen Rüstungswettlauf könnte das kapitalistische System wahrscheinlich nicht mehr funktionieren. Die Weltlage wird immer unberechenbarer. Wirtschaftskriege weiten sich zu Weltkonflikten aus. Die politische und soziale Stabilität des Systems wird weiter erschüttert; Krisen, wohin man schaut: EU, Brexit, Finanzdebakel in Italien und der Türkei, das große Brasilien mit finsterner Zukunft, Venezuela und Kuba in Bedrängnis, in Indien hat der Hindu-Extremismus den Staat übernommen.

Ihre Übermacht nutzend, rütteln nun die USA am INF-Vertrag und hetzen vermehrt gegen Rußland. Seitdem die angebliche kommunistische Gefahr nicht mehr besteht, gibt es keinen Grund mehr, demokratische und humanistische Werte hochzuhalten, Vertragstreue zu praktizieren. Mittel gegen die ökologische Bedrohung werden gekürzt. Nichts ist nun ausgeschlossen, mit oder ohne Trump.

Wenn auch kaum in diesem Zyklus, im kommenden Verlauf ka-

pitalistischer Krisen kann es auch wieder einen Aufschwung sozialistischer Bewegungen geben. Noch sind die Milliardenmassen in der „Dritten Welt“ nicht erwacht. Vieles wird dann davon abhängig sein, ob noch sozialistische Kader vorhanden sind; auch schon deshalb, weil immer die Gefahr besteht, dass Aufbegehren allein in ziellosem Chaos enden kann. Der sozialistische Funke darf nicht erlöschen.

In der kapitalistischen Welt, auch in den hochindustrialisierten Ländern, wird die gesellschaftliche Kluft zwischen arm und reich immer größer. Auch die Einkommens- und Lebensverhältnisse innerhalb der Arbeiterklasse spalten sich immer weiter auf. Die vielgelobte bürgerliche Demokratie zersetzt sich und wird immer mehr zum Zerrbild. Mit Tricks, Medien und viel Geld werden Wahlen beeinflusst. Die antidemokratische und antihumanistische Entwicklung wird gespeist durch ständig neue Krisen. Die Repression wird verschärft, Ablenkung ist angesagt – Sündenböcke sind gesucht. Dazu gehören Flüchtlingshetze und das Schüren von Nationalismus.

Nicht nur der Aufschwung der AfD geht und das Erstarken des Rechtsradikalismus gehen darauf zurück; die Rechtsentwicklung geht weit in die demokratischen Parteien hinein.

Sieht die besitzende Klasse das Profitsystem bedroht, wird sie auch vor Gewalt nicht zurückschrecken. Dabei wird sie sich ab einem bestimmten Punkt auch diktatorischer und rechtsradikaler Kräfte bedienen, wie wir aus der Geschichte wissen. Die AfD arbeitet bereits an der organisatorischen Formierung der Rechtskräfte, das zeigen ihre Mobilisierungserfolge, besonders im Osten Deutschlands. Die Hatz der AfD auf kritische Lehrerinnen und Lehrer zeigt, was alles noch kommen kann, wenn es nicht genügend Widerstand gibt. Zur Abwehr der AfD-Infiltrationen ist es notwendig, dass die linken und demokratischen Gruppen organisatorisch besser zusammenarbeiten. Die Landtagswahlen haben zwar

gezeigt, dass der Aufstieg der AfD vorläufig seine Grenzen hat, doch die Parteien des bürgerlichen Lagers, besonders die CSU, sind selbst nach rechts gerückt.

Und nun zum Zustand unserer Gruppe:

Das organisatorische Hauptproblem unserer Gruppe, aber auch anderer marxistischer Gruppen, ist, dass in den letzten Jahren keine jüngeren Menschen zu uns gefunden haben oder höchstens für kurzzeitige Mitarbeit gewonnen werden konnten. Das liegt an der allgemeinen Entpolitisierung, der Unterschätzung theoretischer Arbeit und am Fehlen von Erfolgserlebnissen.

Aber das betrifft ja nicht nur die Jüngeren. Wir alle, auch die Aktiven, sind doch beeinflusst vom schlechten Zustand der Arbeiterbewegung in Deutschland und in den meisten Ländern der Welt. Es fehlt an Klassenbewußtsein, aber auch an politischer Kenntnis und am Glauben, dass Veränderungen möglich sind. Die Barbarei breitet sich in erschreckendem Ausmaß aus, vor allem bei den Unzufriedenen.

Im Zuge der wirtschaftlichen Konjunktur in Deutschland ist es der Politik gelungen, der Masse der Werktätigen einen relativ befriedigenden Lebensstandard zu gewährleisten, wo größere eigene Anstrengungen sich nicht zu lohnen scheinen. Dies zeigt auch die, trotz gestiegener Wahlbeteiligung, immer noch große Zahl von Wahlenthaltungen. Das ist auch in den Gewerkschaften so, wo politisches Engagement nur noch teilweise vorhanden ist, die Masse der Mitglieder immer passiver wird. Geht es so wie jetzt weiter, ist der Zug zum bloßen Interessenverband kaum aufzuhalten. Soweit unsere Kräfte reichen, werden wir weiterhin unser Augenmerk darauf richten.

Wir sind als Gruppe natürlich abhängig vom Verhalten der Lohnabhängigen allgemein, auch vom Sinken der Solidarität und der Beschränkung auf die eigenen Interessen. Traditionen haben nur noch wenig Bedeutung. Das alles erschwert unsere Arbeitsbedingungen und die Leistungsfähigkeit.

Alle Abonnenten versterben oder bestellen ab, wenn sie nur noch schwer lesen können. Auch in der Gruppe werden die Aktiven weniger.

Nicht nur inhaltlich, auch in praktischer Hinsicht häufen sich Schwierigkeiten. Bisher ist es uns immer gelungen, vier **ARSTI**-Nummern herauszubringen, sowohl 2017 als auch 2018, und sie zu versenden. Dazu kommen die Barverkäufe. Wir machen ja weiterhin Werbeversand, das einzige Mittel, den Bezieherkreis in etwa stabil zu halten. Nur hin und wieder gibt es Resonanz, meist durch e-mails, auch Artikelangebote. Inhaltlich läuft es nicht immer nach den Wünschen der Redaktion. Es hat in den letzten Jahren wieder eine ganze Reihe von Autorinnen und Autoren mitgearbeitet, aus der Gruppe, aber auch aus der Leserschaft.

Die Redaktionsarbeit ging wieder von Nürnberg und München aus, Umbruch und Versand erfolgten meist unter Zeitdruck. Dabei sind

Mängel und Fehler manchmal kaum zu vermeiden.

Mit der *Gruppe International* Dorfen und mit Genossen der *Gruppe Arbeiterpolitik* gibt es gute Zusammenarbeit und Nachdrucke von Artikeln.

Bei den wenigen Kräften, die unserer Gruppe zur Verfügung stehen und die oft auch noch im linken Spektrum und in den Gewerkschaften engagiert sind, war es uns leider im Berichtszeitraum nicht möglich, an den Redaktionskonferenzen der *Arpo* teilzunehmen. Wir sollten uns bemühen, die Zusammenarbeit zu verbessern.

Zur finanziellen Situation: Die Lage ist nach wie vor angespannt, aber nun wird es ernster.

An dieser Stelle sollten wir die Leistung würdigen, die Altgenosse

Isaak Abusch jahrzehntelang zum Nutzen der Gruppe und ihrer politischen Ziele aufbrachte, obwohl er selbst nur eine kleine Rente bezog. Das währte noch über seinen Tod 1991 hinaus bis heute. Wir konnten in den letzten Jahren Fehlbeträge durch den „*Isi-Fonds*“ ausgleichen, der nunmehr aber erschöpft ist.

Isi, der in seinem politischen Leben Faschismus, Krieg und rassistische Verfolgung überstehen musste, hat auch unter schwierigsten Bedingungen und sehr großen Enttäuschungen nicht aufgegeben und am sozialistischen Ziel festgehalten. Ich meine, darin kann er uns Vorbild und Ansporn sein.

Ich bin überzeugt, dass wir, trotz der erschwerten Bedingungen, unsere bescheidenen Aufgaben weiterhin erfüllen können.



Flucht und Migration und die Linke

in der ganzen Gruppe haben wir das allerdings bis jetzt noch nicht getan, geschweige denn einen Gruppenstandpunkt dazu erarbeitet. Deswegen haben wir uns entschieden, den Themenkomplex Flucht und Migration auf der Jahreskonferenz zu behandeln.

Auf der Tagesordnung haben wir angekündigt: „*Die Flüchtlingsfrage – Versuch einer thematischen Annäherung*“.

Zur Herangehensweise:

Am Anfang steht ein Überblick, wie das Thema in der Linkspartei und in der bundesdeutschen Linken behandelt wird. Im Anschluss stellt ein Genosse unsere Sichtweise der Problematik vor.

Gespaltenheit in der Partei Die Linke

Die Partei Die Linke ist in dieser Frage gespalten. Es geht ein Riss zwischen jenen, die bedingungslose Solidarität gegenüber allen Migranten einfordern, und jenen, die Zuwanderung begrenzen wollen – ein

Riss zwischen Personen und deren Lagern, ein Riss zwischen Kipping und Wagenknecht. Die Auseinandersetzung um die Flüchtlingspolitik hat mittlerweile den Charakter eines Glaubenskriegs angenommen. Die Positionen beider Seiten stützen sich mehr auf Annahmen und Wunschvorstellungen, als auf die Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Der Streit um die Flüchtlingspolitik wird von denen, die für offene Grenzen eintreten, vornehmlich vom Standpunkt der moralischen Überlegenheit aus geführt, sie sehen sich als die Vertreter der Menschlichkeit. Eine politische Diskussion auf der Basis von Argumenten und der Einschätzung gesellschaftlicher Zustände und Entwicklungen ist kaum noch zu erkennen. Ihre politische Aussage gipfelt in dem Vorwurf an die Wagenknecht-Fraktion, eine „*Renationalisierung linker Politik*“ zu betreiben und „*Flüchtlinge und Deutsche gegeneinander auszuspielen*“. Viele in der Partei werfen Wagenknecht vor, mit ihren Positionen rechten Parteien in die Hände zu spielen. Dabei fällt auch schon mal der Begriff AfD light.

Das Thema Flucht, Migration und Integration hat allen anderen Problemen den Rang abgelaufen. Es wird immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Die Wahlkämpfe waren dadurch geprägt. Die Wahlerfolge der AfD gründen sich darauf. Längst treibt sie die anderen Parteien mit dieser „*Flüchtlingsproblematik*“ vor sich her.

Aber auch in anderen Ländern der EU ist darüber eine Diskussion entbrannt, an der die EU wegen des Eigeninteresses der einzelnen Nationalstaaten sowie dem direkt daraus resultierenden Nationalismus zerbrechen könnte.

In der Gruppe haben wir uns in unseren Monatsversammlungen oder auf Redaktionssitzungen mit der Thematik auseinandergesetzt –

Aber was ist nun die Position von und um Sahra Wagenknecht? Offene Grenzen für alle werden abgelehnt. Dabei sieht sie sich in einer Linie mit dem US-Demokraten Bernie Sanders und dem britischen Labour-Chef Jeremy Corbyn, die sich gegen bedingungslos offene Grenzen ausgesprochen haben. Sie mahnt zu einer Debatte über Arbeitsmigration und spricht von einer Abwerbung „qualifizierter Fachkräfte“ aus armen Ländern. Sie begründet ihre Ablehnung offener Grenzen für alle mit der Frage, „ob eine Welt ohne Grenzen unter kapitalistischer Ordnung ein linkes Ziel sein kann.“

Für viele in der Linken sind das Tabuthemen; ist das, was Wagenknecht tut, eine Provokation. In den Augen dieser Delegierten hat sich der Parteitag klar zu „offenen Grenzen“ ohne Einschränkung bekannt. Die Fraktionschefin ignoriere die Entscheidung.

Forderungen der Linken

Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge! Wir brauchen eine gerechte Entwicklungshilfe und fairen globalen Handel.

Wir unterstützen die Forderungen nach einem sofortigen Stopp der Abschiebungen und nach einem Bleiberecht für alle.

Geschlechtsspezifische Fluchtursachen wollen wir als Asylgrund umfassend anerkennen und bedrohte Frauen vor Abschiebung schützen. Menschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, sollen umfassenden Schutz erhalten.

Wir wollen sichere Fluchtwege schaffen, damit das Sterben im Mittelmeer aufhört. Das Recht auf Asyl stellen wir wieder her und setzen die Genfer Flüchtlingskonvention durch. Der schmutzige Deal mit der Türkei und anderen Ländern muss aufgekündigt werden!

Wir wollen eine solidarische Einwanderungsgesellschaft: mit sozialer Sicherheit statt Konkurrenz um Arbeitsplätze, Wohnungen und Bildung. Mit einer sozialen Offensive für alle, die den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt.

Wir fordern ein Bleiberecht für alle Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, spätestens, wenn sie fünf Jahre in Deutschland leben. Die Praxis der

sogenannten Kettenduldungen wollen wir zugunsten von dauerhaften Perspektiven abschaffen.

Wir wollen die Unterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften beenden und dezentral organisieren.

Die Residenzpflicht, Wohnsitzauflagen und die Unterbringung in Sammellagern müssen bundesweit abgeschafft werden.

Abschiebungen lehnen wir ab. Insbesondere Abschiebungen in Kriegsgebiete und existenzielle Not wie Obdachlosigkeit, mangelhafte medizinische Versorgung und Diskriminierung werden wir sofort stoppen.

Die Ausnahmen vom Mindestlohn und das Asylbewerberleistungsgesetz wollen wir abschaffen.

Ein Konsens zwischen den beiden Lagern ist in noch weitere Ferne gerückt.

Einige Mitglieder der Linken (um Fabio de Masi, Sabine Zimmermann u.a.) bemühen sich um mehr Sachlichkeit in der Flüchtlingsfrage. Sie haben ein Thesenpapier dazu erstellt.

Thesenpapier zu einer humanen und sozial regulierenden LINKEN Einwanderungspolitik

„DIE LINKE muss konsequent für eine humanitäre Flüchtlingspolitik eintreten. Der Schutz von Menschen in Not, die vor Krieg oder politischer Verfolgung fliehen, kennt keinerlei Einschränkungen. Wir wollen die Wiederherstellung des Asylrechts für politisch Verfolgte (insbesondere eine Überwindung der Dublin-Abkommen und Abschaffung der „sicheren Herkunftsstaaten“) und eine konsequente Anwendung des Nichtzurückweisungsprinzips an den Grenzen von BRD und EU. Der zunehmenden Militarisierung der EU-Außengrenzen wollen wir ein linkes Konzept entgegenstellen sowie unmenschlicher Internierung von MigrantInnen in- und außerhalb Europas einen Riegel vorschieben. Wir wollen umfassenden subsidiären Schutz für flüchtende Menschen, deren Leben durch Kriege in Gefahr ist.

Das Sterben im Mittelmeer muss beendet werden. Dafür müssen die EU-Länder gemeinsam die Möglichkeit eröffnen, Anträge auf Asyl und subsidiären Schutz direkt in Botschaften von Ursprungs- und Transitländern zu stellen. Die lebensgefährliche Überfahrt übers Mittelmeer wäre dann keine Bedingung

mehr, um Schutz in der EU zu beantragen. Die EU-Staaten müssen groß angelegte Programme zur Seenotrettung ins Leben rufen. Ein EU-Programm (oder ein Programm mehrerer Staaten außerhalb der EU-Strukturen) könnte noch effektiver sein und das Sterben endlich beenden.

Das Leitbild der offenen Grenzen in einer friedlichen und solidarischen Welt ist eine Zukunftsvision, die wir anstreben. Gegenwärtig sind die Bedingungen dafür jedoch nicht gegeben. Wir brauchen realistische Zwischen- und Übergangslösungen, die uns diesem Ziel näherbringen.

Deshalb gilt es, Fluchtursachen zu beseitigen, die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und Lebensperspektiven vor Ort zu verbessern. Unser Ziel muss lauten, nicht nur die Symptome, sondern auch die Ursachen von Hoffnungslosigkeit und Armut systematisch zu bekämpfen. Das Engagement vieler Menschen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen sowohl hier als auch in den Herkunftsländern ist konkrete internationale Solidarität. Unregulierte Arbeitsmigration ist dagegen kein Ausdruck von linkem Internationalismus, sondern kommt dem Interesse der ‚Internationalen‘ des Kapitals zugute.“

Ganz anders wird das von der „Antikapitalistischen Linken“ in der Linken gesehen, wie es Thies Gleiss in folgendem Beitrag deutlich zum Ausdruck bringt:

Zuhause ist es doch am Schönsten

Zur Debatte um Klasse, Migration und Einwanderung in der LINKEN

Aus der Sicht der Beschäftigten und Arbeiter*innenklasse sind diese Menschen Konkurrent*innen um Arbeitsplätze, Wohnungen und Transferleistungen. Aber sie sind auch Klassenbrüder und Klassenschwestern, die überall unter der Politik im Interesse ein und derselben Klasse von Produktionsmittelbesitzer*innen und Superreichen leiden. Ein gemeinsames Interesse über Landes- und Sprachgrenzen hinweg ist keine Fiktion, sondern Realität – völlig unabhängig davon, ob dieses gemeinsame Interesse auch sofort einsichtig ist oder wie einflussreich die politischen Bemühungen der Herrschenden sind, die Realisierung solcher gemeinsamen Interessen immer wieder zu verstellen.

Linke Politik sollte also zunächst nur sagen, was ist und darüber aufklären, wer verantwortlich für all die unmenschlichen und ungerechten Erscheinungen in unserer Gesellschaft ist. Zweitens sollte sie eine massive Bewegung des Willkommens und der Solidarität aller Opfer des Kapitalismus organisieren und eine ad-hoc-Umverteilung für ein Arbeits-, Wohnungs- und Investitionsprogramm für alle fordern; drittens sollte sie alle Geflüchteten, so wie alle hier Lebenden, gleichermaßen als Menschen und als politische Subjekte anzusprechen und sie in eine politische „Einheitsfront“ gegen das Kapital einbeziehen; und schließlich viertens müsste es darum gehen, eine internationale (und internationalistische) politische Bewegung gegen Kriege, Freihandel, Klimazerstörung und den Kapitalismus allgemein aufzubauen – als Voraussetzung einer wirklichen Bekämpfung von Fluchtursachen.

Die Antwort der Linken kann darauf nur eine umfassend politische Antwort sein: Erstens konsequent internationalistisch, für weltweite Umverteilung des Reichtums. Für Reparationen an in der armen Welt angerichtete Zerstörung. Zweitens, eine Politik in Richtung internationalen Ausgleichs des Wertes der Ware Arbeitskraft (also: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit weltweit), einschließlich internationaler gewerkschaftlicher Kämpfe.

Drittens, Kampf für das Recht auf internationale Mobilität der Arbeitskraft, weil dies unerlässlich ist, zum Ausgleich des Wertes und weil das Kapital schon lange international ist und überall offene Grenzen antrifft oder sie sich schafft. Und viertens eine Politik der Zähmung des Kapitals: Gegen Krieg und Rüstung; für strenge Investitionsregeln und staatliche Kontrolle über die Finanzmärkte; für das Recht der unproduktiveren Ländern und Sektoren der Weltwirtschaft auf protektionistische Maßnahmen und gegen das Diktat des Freihandels.

Es gibt heute 70 Millionen Geflüchtete. Die Ursachen sind Krieg, Freihandel und Klimazerstörung. Das sind die Hauptursachen, alle weiteren – wie Flucht vor religiöser Unterdrückung, patriarchalen Zwängen, sexueller Repression und rassistischer Ausgrenzung – sind davon abgeleitet. Die Ursachen sind also klar zu benennen: Nicht Staatsversagen in Deutschland oder Europa, nicht Kontrollverlust des Staates, nicht Lug und Trug, sondern die kapitalistische Normalität und Eigentumsordnung und ihre weltweite Zerstörungskraft.

Positionen zur Flüchtlingsfrage in der deutschen Linken

Die DGB-Jugend widerspricht in ihren „Argumentationskarten für Flucht und Asyl“ dem Thesenpapier der Linken. „Durch den Begriff ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ werden zwei Gruppen von Geflüchteten gegeneinander ausgespielt ... Ist es nicht legitim, vor menschenunwürdigen und bedrohlichen Lebensbedingungen zu fliehen? Jeder Mensch hat das Recht dazu!“



Gegen das Thesenpapier bezieht eine Erklärung von linken Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretären Stellung unter dem Titel:

Auslassung und Suggestion. Wie ein Thesenpapier daran arbeitet, eine realistische Perspektive auf Migration zu verhindern.

Die Verfasser*innen erkennen durchaus an, dass die Autorinnen und Autoren des Thesenpapiers die Gelegenheit geboten haben, die Debatte um Migration zu versachlichen. Dies v.a., weil mit dem Papier zum ersten Mal eine Position, die auf Begrenzung von Migration durch deren Reglementierung zielt, umfassend und kohärent begründet wird. Außerdem wäre die Verwirklichung der Forderungen des Thesenpapiers natürlich eine deutliche Verbesserung gemessen an der heutigen Situation. Die linken Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter kritisieren aber die Aussonderung derjenigen, die vor wirtschaftlicher Not, Klima- oder Hungerkatastrophen fliehen, sowie das unterschwellige Eintreten für „Obergrenzen“ ihrer Einwanderung. Sie verlangen, die Flüchtlinge als politische Subjekte zu sehen und zu behandeln. Nur die gemeinsame solidarische

Aktion der Betroffenen zusammen mit der Flüchtlingshilfebewegung und den deutschen abhängig Beschäftigten und Ausgegrenzten könne die Lage grundlegend wenden.

Patrik Köbele, der Vorsitzende der DKP, geht mit Flucht und Migration wie folgt um:

(Auszug aus der Rede von Patrik Köbele auf der Bundesmitgliederversammlung zur Kandidatur der DKP bei der EU-Wahl 2019)

Die Perspektivangst der Menschen hat eine völlig reale Grundlage. Sie erleben, dass die Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt härter wird. Sie erleben die Verteilungskämpfe drastisch zum Beispiel an den Tafeln. Sie erleben, dass dabei Kulturen zusammenstoßen und sie erleben, dass in diesen Auseinandersetzungen die Gewalt zunimmt. Auf diese berechnete Perspektivangst gibt ihnen niemand eine Antwort bzw. die oftmals einzig nachvollziehbare Antwort scheint von Rassisten, Nationalisten, Faschisten, scheint wahlpolitisch von der AfD zu kommen.

Das Massenempfinden ist völlig gerechtfertigt, wenn es erkennt, dass Flucht und Migration zu einer Verschärfung der Konkurrenz führen. Auch das Empfinden, dass Angela Merkel ihr „Wir schaffen das“ nicht aus humanistischen Gründen gemacht hat, ist völlig richtig. Das Massenbewusstsein geht aber völlig in die Irre und stützt damit die Herrschaft der Verursacher dieser Situation, wenn daraus Rassismus, Nationalismus, Faschismus folgen und AfD gewählt wird.

Wir begrüßen jeglichen Widerstand gegen Rassismus, Nationalismus und Faschismus. Wir sind, wo wir können, dabei. Wir sind froh über jede Empörung dagegen, zuerst oft moralisch empört und begründet. Diese moralische Empörung ist wichtig. Oft reicht sie aber nicht. „Refugee welcome“ ist eine wichtige Losung, sie trägt aber auch die Gefahr in sich, dass die herrschende Klasse den Flüchtling begrüßt, weil er instrumentalisiert werden kann, um die Konkurrenz unter den Ausgebeuteten – zu denen er auch gehört – zu verschärfen.

Ich denke, wir können sagen, dass wir mit unserem Sofortprogramm die einzige parteipolitische Kraft waren, die dieser Doppelzüngigkeit der herrschenden Klasse etwas entgegengesetzt hat. Wir sagten und sagen: Wir müssen die Ursachen von Krieg, Flucht und Armut beleuchten, wir müssen die Verursacher von Krieg, Flucht und Armut benennen

und zeigen, dass dort und in ihrer Hochrüstungspolitik das Geld zu holen ist, um die Ursachen von Flucht zu beseitigen und die Konkurrenz unter den Ausgebeuteten zurückzudrängen.

Auch in dieser Frage sind wir einzigartig: Wir benennen gegenüber den Menschen, dass ihre Perspektivangst berechtigt ist und dass die Konkurrenz in diesem Land natürlich zunimmt, wenn mehr Menschen ins Land kommen. Wir

sagen aber auch, dass das von den Herrschenden gewollt ist, und eben nicht die Geflüchteten und Migranten daran schuld sind. Und wir beteiligen uns nicht an einer Diskussion der herrschenden Klasse, wie man „Zuzug“ am besten steuert. Das unterscheidet uns übrigens auch von beiden, wie vereinfacht gesagt wird, „Flügel“ der Linkspartei.

Wenn man von der Bekämpfung der Fluchtursachen reden will, dann

führt kein Weg daran vorbei, das kapitalistische System dafür verantwortlich zu machen: das der grenzenlosen Ausbeutung, der Zerstörung der Umwelt und damit der Lebensgrundlagen für die Bevölkerung der sogenannten Dritten Welt, des Reichtumstransfers in die Länder des Nordens, des ungleichen Tausches und der Alimentierung und Hofierung der Komplizen im globalen Süden.

Die Türkei nach der Wahl



Die eigentlich für November 2019 angesetzten Parlamentswahlen, die aus „makroökonomischen Gründen“ (Erdoğan) auf den 24. Juni 2018 vorgezogen wurden, fanden noch unter dem Ausnahmezustand statt.

Der Ausnahmezustand war nach dem Putschversuch im Juli 2016 verhängt worden und endete im Juli 2018. In der Zeit wurden mindestens gegen 170.000 Menschen strafrechtliche Ermittlungen aufgenommen. Nach offiziellen Angaben wurden 77.000 verhaftet, 446.000 durch diverse staatliche Organe „überprüft“, über 130.000 Menschen aus dem Staatsdienst entlassen, außerdem mindestens 200 Verlage, Zeitungen und Sender geschlossen. Zusätzlich wurden über 500 Betriebe, die ange-

lich Putschisten/Terroristen gehören sollen, in eine Treuhandgesellschaft überführt.

Dass die Repression sich nicht nur gegen die vermeintlichen Putschisten richtete, wurde schnell deutlich: tausende Mitglieder der Bildungsgewerkschaft Eğitim-Sen wurden entlassen, sozialistische und kurdische Zeitungen, Radio- und Fernsehsender geschlossen, deren Mitarbeiterinnen verhaftet. Nach Angaben der türkischen Journalisten-Gewerkschaft tgs sitzen aktuell 145 Medien-Beschäftigte im Knast, gegen 315 sind Verfahren anhängig. Sogar Wikipedia ist seit über einhalb Jahren aus der Türkei nicht mehr erreichbar.

Überhaupt Knäste: Die Anzahl der Insassen in türkischen Knästen

explodiert nicht erst dem Putschversuch. Als die AKP 2002 die Regierung übernahm, saßen 55.609 Menschen im Gefängnis, im Mai 2018 war es fast ein Viertelmillion.

Seit die AKP 2002 an die Regierung kam, verbot sie 15 Streiks, sieben davon in der Zeit des Ausnahmezustands.

Von dieser Repression sind auch die Mitglieder der HDP betroffen. Bis zu den Wahlen am 24. Juni wurden 361 HDP-Mitglieder festgenommen, davon waren 15 Abgeordnete und an die 100 Bürgermeister bzw. Bürgermeisterinnen. Die Rathäuser wurden unter staatliche Zwangsverwaltung gestellt. Auch der Kandidat für das Präsidentenamt, Demirtaş, befindet sich bis heute in U-Haft, obwohl der Europäische Gerichtshof für Men-

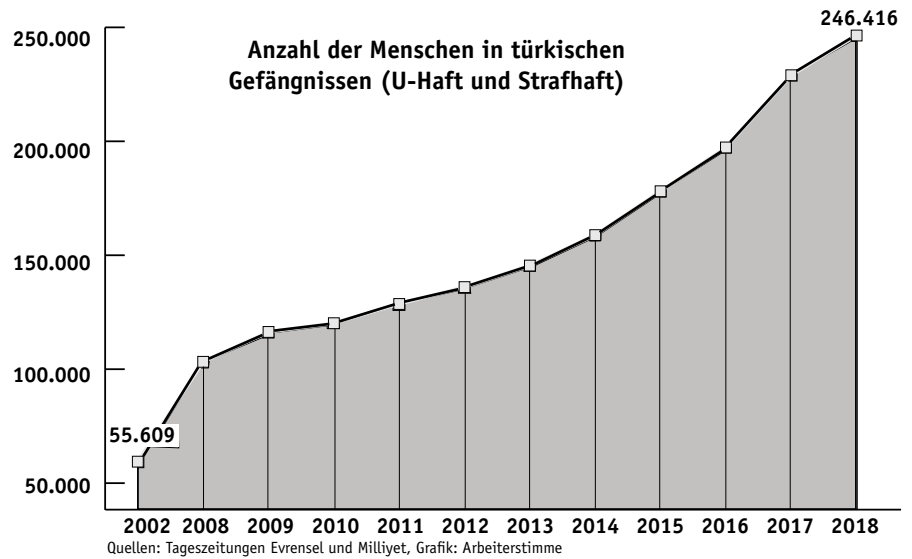
schenrechte (EGMR) geurteilt hat, dass er unverzüglich aus der Haft entlassen werden muss. Erdoğan erklärte nach dem Urteil lapidar: „Die Urteile des EGMR sind für uns nicht bindend.“

Erdoğan hatte als Grund für die vorgezogenen Wahlen, wie erwähnt „makroökonomische Gründe“ angegeben, übrigens abgestimmt mit dem Vorsitzenden der faschistischen MHP, die zusammen mit der AKP seit dem gescheiterten Putsch den Umbau des Staates voran treibt. Natürlich ging und geht es auch darum die eigenen Anhänger mit Posten zu versorgen, sind doch durch die Entlassungen zehntausende Stellen u.a. in der Justiz, Armee und Polizei frei geworden.

Die Ergebnisse der Wahlen waren unter diesen Umständen keine Überraschung. Das AKP-MHP Wahlbündnis kam auf 53,7 Prozent, die CHP war ein Wahlbündnis mit drei rechten Parteien eingegangen, İYİ-Parti (Gute Partei – eine Abspaltung der MHP), Demokrat Parti (konservativ-liberal) und Saadet Partisi (Partei der Glückseligkeit, islamistisch, quasi die Vorgängerin der AKP), und kam auf 34 Prozent. Für die HDP, die von einigen linken und sozialistischen Parteien unterstützt wurde, stimmten etwas über elf Prozent.

Durch die Wahlbündnisse sind jetzt im Parlament insgesamt acht Parteien vertreten.

In der von Erdoğan zusammengestellten Regierung sitzen 14 Minister und zwei Ministerinnen. Auffällig ist, dass die Mehrheit der Regierungsmitglieder im Ausland – EU und USA – studiert haben und fast alle entweder Unternehmer oder Manager von AKP-nahen Großkonzernen sind bzw. waren: Gesundheitsminister wurde Fahrettin Koca, Gründer und Teilhaber des privaten Krankenhauskonzerns Medipol; der Besitzer eines der größten Reiseunternehmen der Türkei wurde zum Kultur- und Tourismus-Minister berufen; auch der Bildungsminister ist ein Fachmann, ihm gehört der private Schulkonzern Ziya Selçuk. Erdoğan's Schwiegersohn, Berat Albayrak, ist Manager eines der größten türkischen Konzerne (Çalık Holding) und wurde Finanzminister. Bereits von 2016 bis 2018 war er als Minister für Energie und Bodenschätze zuständig.



Nach dem Putsch suchte Erdoğan unter den Militärs Verbündete. Die in den Jahren zuvor wegen Putschvorbereitungen verhafteten Generäle wurden aus den Gefängnissen entlassen und Erdoğan entschuldigte sich persönlich bei ihnen, schuld waren allerdings angeblich Gülen-Anhänger: „ich wurde hintergangen“. Dieses Bündnis mit dem alten Militär-Kader findet seinen Ausdruck in der Person von Hulusi Akar, seit August 2015 Chef des Generalstabes, jetzt Verteidigungsminister im Erdoğan-Kabinett.

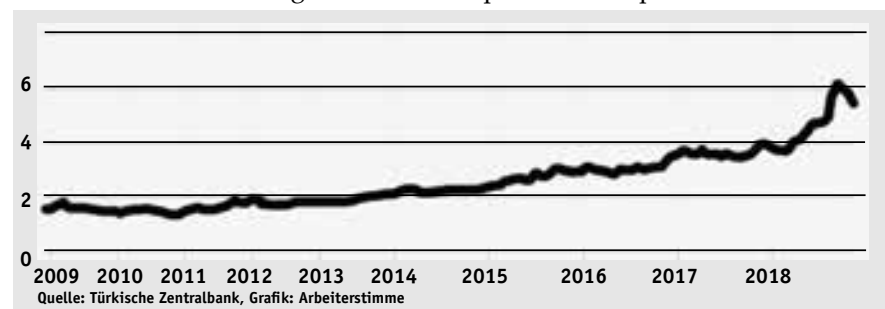
Nach den Wahlen, am 18. Juli 2018 wurde in der Türkei nach zwei Jahren der Ausnahmezustand beendet.

Der Währungsverfall der Lira hat sich in den letzten Monaten des Jahres weiter beschleunigt, die jährliche Inflationsrate ist auf 25 Prozent geklettert, die Zinsen auf dem inländischen Kreditmarkt sind mittlerweile bei 30 Prozent. Die Auslandsschulden der türkischen Unternehmen und Banken werden auf 470 Milliarden Dollar geschätzt, größtenteils in Dollar und Euro. Wie wir schon des öfteren in der Arbeiterstimme geschrieben

haben, beruht das angebliche „Wirtschaftswunder“ der Türkei vor allem auf Bautätigkeit und Konsum. Beides wurde mit billigem Geld aus dem Ausland finanziert. Vor allem seit der Finanzkrise 2008 floss reichlich Kapital in die Türkei, begünstigt durch die von den US- und EU-Zentralbanken praktizierte Nullprozent-Zins-Politik.

Doch das Problem ist viel größer: Die Türkei besitzt außer Kohle keine eigenen Energierquellen (die Stromerzeugung aus Sonnen- und Windenergie hatte 2017 nur sieben Prozent Anteil an der gesamten Stromproduktion). Erdöl und -gaslieferungen müssen in Dollar bezahlt werden, genauso wie die Rohstoffe und Vorprodukte der Industrie. Schon melden die ersten Unternehmen Insolvenz an bzw. drosseln ihre Produktion.

Jetzt zeigt sich, dass die Privatisierung der letzten Jahre nicht nur Hunderttausende arbeitslos machte, sondern auch verantwortlich ist für eine verstärkte Abhängigkeit vom Ausland bei den Rohstoffen. Ein Beispiel ist die Papierindustrie: die Fab-





Baustelle des dritten Istanbul Flughafens...

riken der staatlichen Zellulose- und Papierindustrie wurden Anfang der 2000er Jahre privatisiert. Die Privatunternehmen haben viele Betriebe stillgelegt, weil in den Zeiten der „starken“ Lira das Papier und die Rohstoffe vermeintlich günstiger zu importieren waren. Seit dem Sommer sind die Papierpreise um 40 Prozent gestiegen, viele Verlagshäuser drucken keine Bücher mehr, die Zeitungen haben ihre Seitenzahlen senken müssen und etliche, vor allem lokale Blätter, sind pleite.

Auch der Staat bekommt immer mehr Probleme: die Verpflichtungen, die der türkische Staat im Rahmen der sogenannten öffentlich-privaten Partnerschaft (Public-private-Partnership) übernommen hat, bringen ihn in Bedrängnis. In den letzten Jahren wurden alle großen Infrastruktur-Projekte in „öffentlich-privaten Partnerschaft“ verwirklicht. Die türkische Regierung rühmt sich damit, dass die Brücken, Tunnels oder auch der neue Istanbul Flughafen die öffentlichen Kassen keinen Cent kosten.

Das ist natürlich gelogen. Die „öffentlich-private Partnerschaft“ funktioniert in der Regel so: Ein Projekt wird ausgeschrieben, Unternehmen bewerben sich darum, die Ausschreibung gewinnt meist ein regierungsnahes Konsortium von Unternehmen, die im weiteren Verlauf nur als Makler agieren. Denn die Planungen und Ausführungen von solchen Bauten wie Brücken oder Tunnels übernehmen fast immer ausländische Unternehmen, weil die

türkischen Unternehmen nicht das notwendige technische Wissen und die Möglichkeiten haben. Die technisch nicht so anspruchsvollen Teile des Bauvorhabens werden von türkischen Unternehmern verwirklicht. In der Bauindustrie ist das Subunternehmertum weit verbreitet, die Beschäftigten bekommen oftmals nicht mal den geringen Mindestlohn und tödliche Arbeitsunfälle sind an der Tagesordnung.

Zur Finanzierung übernimmt der Staat großzügig milliardenschwere Bürgschaften und garantiert den Unternehmen fixe Einnahmen.

Ein Beispiel hierfür ist die Osman-gazi-Brücke, eine mautpflichtige Autobahnbrücke, die über den nordöstlichen Teil des Marmarameeres führt. Die Brücke wurde als BOT-Modell (Build, Operate, Transfer: Bauen, Betreiben, Übertragen) verwirklicht. Die Einnahmen bleiben bis 15. Juli 2035 bei dem privaten Betreiber, danach geht die Brücke an den Staat über. Im Sommer 2016 wurde die Brücke eröffnet. Der türkische Staat garantierte dem privaten Betreiber 40.000 Fahrzeuge pro Tag, falls diese Zahl nicht erreicht wird, übernimmt der Staat die Differenz. Die Preise sind nach Fahrzeugtypen gestaffelt, die Überfahrt für PKW betrug bei der Eröffnung 35 US-Dollar, zum damaligen Kurs waren das 121 türkische Lira. Nachdem sich herausgestellt hat, dass die Menschen lieber die viel günstigeren Fähren nutzen, wurde auf Anordnung von Erdoğan die Mautgebühr auf 90 TL gesenkt,

die Differenz übernahm der türkische Staat. Mittlerweile wurden die Gebühren erneut gesenkt (z.Zt. 71,75 TL), weil das erwartete Fahrzeugaufkommen weiter ausbleibt. Der Staat führt an die Betreiber zusätzlich zu deren Einnahmen jährlich 280 Millionen US-Dollar für die entgangenen Mautgebühren ab. Da die Preise für die Maut, wie in der Türkei üblich in ausländischer Währung vereinbart wurden, kommt der Verfall der türkischen Lira mit jedem Tag den Staat teurer. Die Benutzer der Brücke zahlen zwar in TL, der Staat muss aber an die Betreiber die garantierten Einnahmen nach dem aktuellen US-Dollar-Kurs bezahlen. Um die Lira zu stärken, verbot die Regierung gleichzeitig beim Kauf oder bei der Anmietung von Immobilien und beim Fahrzeugleasing ausländische Währungen zu verwenden.

Am Schlimmsten trifft die Krise die Arbeiterklasse. Die Preissteigerungen für die Güter des täglichen Bedarfs sind weit höher als die 25prozentige allgemeine Inflationsrate, weil neben der Energie auch viele Nahrungsmittel mittlerweile importiert werden müssen. Auch das ist ein Ergebnis der neoliberalen Politik seit dem 1980er Militärputsch. Ein Großteil der Beschäftigten in der Industrie muss mit dem Mindestlohn in Höhe von 1.603 Lira, zur Zeit ca. 270 Euro auskommen. Der Großteil der Klasse wird damit noch tiefer in die Armut stürzen.

So ist es kein Wunder, dass die Arbeiterklasse immer wieder unerwar-



... und die streikenden Bauarbeiter

tet und massenhaft Aufstände probt. So geschehen im Frühjahr 2015, als es in der Automobil- und Metallindustrie zu einer Reihe von spontanen Streiks und Betriebsbesetzungen mit mehreren zehntausend Beteiligten kam. Damals wurden sowohl die Gewerkschaften wie auch die Unternehmer von dieser Streikbewegung überrascht.

Auch der Streik der Bauarbeiter im vergangenen September kam für die Öffentlichkeit und die Gewerkschaften unerwartet. Auf der Baustelle des dritten Istanbul Flughafens sind 40.000 Arbeiter beschäftigt, der Organisationsgrad in den Gewerkschaften tendiert gegen null. Die meisten Arbeiter sind bei Subunternehmen beschäftigt, Todesfälle auf der Baustelle (die türkischen Gewerkschaften sprechen treffender von „Arbeitsmorden“) sind an der Tagesordnung. Nach offiziellen Angaben starben bis Februar diesen Jahres 27 Arbeiter, Gewerkschaften gehen von deutlich mehr Toten aus, der unabhängige Vereinigung *İşçi Sağlığı ve İş Güvenliği Meclisi* (Rat der Arbeitergesundheit und Arbeitssicherheit) veröffentlichte Namen von 37 Arbeitern, die tot sind oder vermisst werden.

Die Arbeiter leben auf dem riesigen Gelände in Container-Städten. Auf der Baustelle kam es immer wieder zu spontanen Streiks und Demonstrationen wegen schlechter Verpflegung, unregelmäßiger Auszahlung der Löhne usw., die aber begrenzt auf einige Subunternehmer waren und schnell wieder befriedet wurden.

Am 14. September legten schließlich 30.000 Arbeiter die Baustelle lahm. Der Anlass war, dass die Arbeiter stundenlang bei strömendem Regen auf die Fahrzeuge warten mussten, die sie zur ihren Einsatzorten fahren sollten. Dem Aufruf einzelner Arbeiter zur Arbeitsniederlegung schlossen sich schnell 30.000 an. Die Beschäftigten einigten sich auf 15 Forderungen, an erster Stelle stand „Arbeiter, die sich an der Aktion beteiligen, werden nicht entlassen“. Weitere Forderungen waren, dass Unterkünfte, Toiletten und Duschen regelmäßig geputzt werden und Maßnahmen gegen Bettwanzen ergriffen werden, dass die Löhne in voller Höhe überwiesen werden, dass die Vorarbeiter in denselben Kantinen wie die Arbeiter ihre Mahlzeiten einnehmen sollen und die für die Probleme verantwortlichen Manager entlassen werden und die Arbeitsmorde aufgeklärt werden. Gefordert wurde außerdem die Auszahlung der Löhne, die seit sechs Monaten fällig waren, die Entlassung der Meister der aserbaidischen Arbeiter, denen Diskriminierung vorgeworfen wurde und kostenlose Arbeitsbekleidung.

Die Antwort des Staates kam prompt: in derselben Nacht überfielen tausende Gendarmen und Polizisten die Schlafstädte der Arbeiter und nahmen über 500 von ihnen fest. Mittlerweile sind bis auf 23 Arbeiter und vier Gewerkschafter alle anderen wieder frei.

Vier Wochen später eröffnete Erdoğan feierlich den neuen Flughafen, die Arbeiter und die Gewerkschafter sitzen in U-Haft und warten auf eine Anklage.

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 201 Herbst 2017, 3& S.

- Fraktionsstreit zwischen den Unionsparteien
- Der NSU-Jahrhundertprozess und ein Scheinurteil
- Wie die EU ihre Außengrenzen „sichert“
- Bremen: Die Einheit und Spaltung der Arbeiterbewegung
- Die zionistische Kampagne gegen Corbyn

Nr. 200 Sommer 2017, 32 S.

- Zu internationalen Tendenzen
- Volksparteien in der Krise
- Politische Sammlungsbewegungen als Reaktion auf die Krise der Volksparteien
- Wie kann die AfD bekämpft werden?
- Bericht aus dem Vereinigten Königreich
- Johann Georg Elser – ein Nichtangepasster

Nr. 199 Frühjahr 2017, 32 S.

- Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie
- Schwierige Regierungsbildung
- Zur Regierungsbildung im Bund
- Demokratie: Dekor, Transformation und Hoffnung
- SPD und GroKo – nein – vielleicht – ja
- Mitbestimmung, Sozialpartnerschaft – aber doch nicht im Ernst?!
- Zur Lage der Gruppe
- Macrons Großmachtplan
- Tschechische Linke: Was nun?
- Sozialismus der Steppe
- Zu den Wahlen in Chile

Nr. 198 Winter 2017/2018, 40 S.

- Das bedingungslose Grundeinkommen
- Unsere Jahreskonferenz
- Die Bundestagswahlen 2017
- Von der Räterevolution zum antifaschistischen Widerstand
- Nordkorea und die Atombombe
- Österreich nach der Wahl: neoliberaler Rechtsradikalismus
- Zu Ernesto Che Guevaras Tod vor 50 Jahren

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Kann die SPD etwas von der Wiederbelebung von Labour unter Corbyn lernen?



Die Labour-Party wurde 1900 durch sozialistische Organisationen, Genossenschaften und Gewerkschaften gegründet. Ziel war, ein Forum zu schaffen, damit Menschen aus der Arbeiterklasse im Parlament vertreten sein konnten. Vorher stellten Gewerkschaften ihre eigenen Kandidaten auf oder sie wurden als Kandidaten des radikalen Flügels der Liberalen Partei gewählt.

Die erste Partei der Arbeiterklasse, die Chartisten, hatte in den

1840er Jahren bewaffnete Aufstände versucht, wurde aber vernichtet. Seit dieser Zeit war der Sozialismus durch utopische Kolonien oder durch die Genossenschaftsbewegung repräsentiert. Eine marxistische Partei, die Sozial-Demokratische Föderation (SDF), hatte seit den 1880er Jahren existiert; aber sie hatte den Marxismus zu einem starren Dogma reduziert. Sie sah keine Verbindung zwischen Sozialismus und den Tageskämpfen. Engels empfahl seinen Unterstützern stattdessen, in die Unab-

hängige Labour Party (ILP), die 1893 gegründet worden war, einzutreten. Die SDF verließ die Labour Party (LP), nachdem sich diese weigerte, ein sozialistisches Programm anzunehmen. 1911 bildeten dann die SDF und eine Sektion der ILP die Britische Sozialistische Partei (BSP), die sich 1914 Labour anschloß.

Die Kommunistische Partei Großbritanniens (CPGB) wurde 1920 aufgrund des weitverbreiteten Enthusiasmus über die Oktoberrevolution und das neue Regime der Bolschewiki gegründet. Ihr Hauptbestandteil war die BSP, aber auch Sektoren der ILP und der SLP (Sozialistische Arbeiterpartei; von Daniel De Leon und seiner gleichnamigen Partei in den USA inspiriert), schlossen sich an, ebenso verschiedene regionale Organisationen; einige davon tendierten zum Syndikalismus oder zu Vorstellungen von „One Big Union“

Auf dem 2. Kongress der Komintern im Juli/August 1920 diskutierte Lenin mit den Delegierten der CPGB über die Taktik gegenüber der LP. Obwohl er selber in London gelebt hatte, war er angenehm überrascht, von Delegierten der BSP zu hören, dass dies eine eigene Zeitung hatte und eine eigenständige Politik führen konnte. Sie waren sogar in der Lage, den Führer der LP zu denunzieren. Gegen das Sektierertum argumentierend, sagte Lenin: Wir müssen in dieser Partei (d.h. Der LP) sein!“ Der Brief, der daraufhin an die LP gesandt wurde und um Aufnahme der KP bat, wurde von früheren Mitgliedern der SLP formuliert. Zahlreiche Historiker sind der Ansicht, dass er so verfasst wurde, um abgelehnt zu werden, was dann auch geschah. Da die BSP schon in der LP war und auch der Hauptbestandteil der KP, könnte sie durchaus die LP informiert haben, dass sie ihren Namen in CPGB geändert hatte.

In den 1920er Jahren waren Kommunisten häufig Delegierte in lokalen Untergliederungen der LP, bei den alljährlichen Parteitag; Kandidaten für das Parlament usw. Einige wurden auch gewählt, wie z.B. Shapurji Sa-

klatvala, ein Inder, der den Wahlkreis Battersea in London den Großteil der 1920er Jahre hindurch vertrat. Natürlich versuchten die Rechten in der LP, den Einfluß der Kommunisten in der Partei durch Regeländerungen einzudämmen. Dieser Prozeß beschleunigte sich infolge des Scheiterns des Generalstreiks von 1926 und der sich daraus ergebenden Demoralisierung.

Ellen Wilkinson war ein weiteres Mitglied der KP, die für das Parlament kandidierte. Als 1924 die LP dann Mitgliedern der KP verbot, für das Parlament [auf Listen der LP] zu kandidieren, trat sie aus der KP aus, stand ihr aber weiterhin sehr nahe. Sie brach mit ihr erst als Mitglied der von Churchill geführten Koalitionsregierung, wegen der Politik des „Defätismus“, bis die Sowjetunion 1941 in den Krieg eintrat. 1924 verließ eine Anzahl Intellektueller die KP wegen ihrer Versuche, die „Plebs League“ zu übernehmen, die marxistische Bildungsbewegung, und marxistische Theorie nach Sowjetart als „wahren Glauben“ zu installieren. Trotz allem erhielten sie eine marxistische Position innerhalb der LP aufrecht.

1924 bildete die LP das erste Mal eine Regierung. Es war eine Minderheitsregierung unter Ramsay MacDonald. Der einzige Linke darin, John Wheatley, führte ein hervorragendes Bauprogramm für Sozialwohnungen ein. Später in diesem Jahr wurde es abgeschafft, als sich MacDonald weigerte, strafrechtlich gegen J. R. Campbell vorzugehen, einen Führer der KP, weil dieser die Truppen zum Ungehorsam aufgerufen hatte.

Wenn die Labour-Regierungen zu einem Ende kommen, findet immer ein Linksruck unter den Parteimitgliedern statt aufgrund der Enttäu-

schung über die erreichten Ergebnisse, also ein Erneuerungsprozeß. Während der 1920er Jahre bewegte sich die Arbeiterklasse noch vom Liberalismus hin zu Labour, nicht von Labour zur KP.

1929 wurde erneut eine Minderheitsregierung von Labour unter MacDonald gebildet. Auch diese leitete einige wichtige Reformen ein, bis die große Wirtschaftskrise kam. Diese führte dann dazu, dass der Lebensstandard der Arbeiterklasse angegriffen wurde. 1931 bildete MacDonald eine Nationale Regierung. Ein Teil der

heit. Der Kalte Krieg war in vollem Gange, der Koreakrieg. Dies führte zur Wiederbewaffnung und zu einigen Kürzungen im sozialen Bereich. Es gab Auseinandersetzungen zwischen Rechten und Linken. Premierminister Attlee setzte im Oktober 1951 Neuwahlen an, um eine größere Mehrheit für seine Regierung zu erhalten. Aber obwohl Labour die meisten Stimmen erhielt, verloren sie die Wahl gegen die Tories (aufgrund des Wahlsystems und wegen des Zusammenbruchs der Liberalen). Die LP sollte bis 1964 die Regierungsmacht

verlieren. Mit dem Ende der Lebensmittelrationierungen, der Vollbeschäftigung und dem Erreichen eines höheren Lebensstandards waren die Tories in der Lage, ihre Anziehungskraft auszuweiten.

Attlee trat zurück und Hugh Gaitskell vom rechten Flügel ersetzte ihn gegen Ende 1955. Die Linke gewann an

Einfluß und 1958 wurde die Kampagne zur nuklearen Abrüstung CND (Campaign for Nuclear Disarmament) ins Leben gerufen, deren berühmtes Zeichen [OY] auch heute noch überall verwendet wird. Der Labour-Parteitag 1960 nahm eine Resolution für die nukleare Abrüstung Großbritanniens an. Dies wurde von den Rechten unter Gaitskell bekämpft, die die Kampagne für einen Demokratischen Sozialismus gründeten - mit finanzieller Unterstützung der CIA - um die Linke zu bekämpfen. Der Parteikongress 1961 machte den Beschluß von 1960 rückgängig.

Gaitskell starb 1963; Harold Wilson von der Labour-Linken wurde sein Nachfolger. Als die LP 1964 die Wahlen gewann, wurden viele fortschrittliche Reformen eingeleitet. Die Wahlen 1966 bescherten Wilson eine



LP folgte ihm in eine Koalition mit den Tories und einem Teil der Liberalen Partei. Der Verrat warf die LP zurück, die Mehrheit ihrer Mitglieder blieb loyal. Dies führte zu einer Bewegung nach links; 1935 wurde George Lansbury zum Parteichef gewählt. Die LP erholte sich, aber der Krieg rückte näher.

Der Krieg, der ein „antifaschistischer“ war und ab 1941 in einem Bündnis mit der Sowjetunion geführt wurde, führte zu einer Bewegung nach links bei den kämpfenden Soldaten und bei der Bevölkerung. Die Rote Armee wurde bewundert, Stalin wurde als „Uncle Joe“ populär. All das führte zur ersten Mehrheitsregierung von Labour, die den Wohlfahrtsstaat schuf.

Im Februar 1950 gewann die LP die Wahlen mit einer knappen Mehr-

größerer Mehrheit, aber eine ökonomische Krise mit einer Abwertung des Pfundes führte zu einer Rechtsentwicklung. Es gab viele Streiks, die Bewegung gegen den Vietnam-Krieg wuchs. (Trotz des Drucks aus den USA hielt Wilson Großbritannien aus dem Krieg heraus.) Die Enttäuschung wuchs und führte dazu, dass Labour die Wahlen 1970 verlor. Es war die Zeit der großen Streiks, darunter zwei landesweite Bergarbeiterstreiks. 1974 gewann die LP die Wahlen nach einem weiteren Ruck nach links, der auch in den Gewerkschaften stattfand. Aber 1975 breitete sich in Großbritannien eine Rezession aus; Kredite vom Weltwährungsfonds waren mit der Forderung nach einem Sparkurs verknüpft. 1978 wurde Wilson wegen seiner Erkrankung durch Jim Callaghan ersetzt. Die Regierungspolitik führte zu Konflikten mit den Gewerkschaften und zu einem Aufstand der Geringverdiener.

Gegen Ende des Jahres 1979 gewann Thatcher die Wahl und begann, ihre neoliberale Agenda umzusetzen. Die Verärgerung unter den LP-Mitgliedern über die Politik von Callaghan führte zu einem steilen Aufstieg der Linken und zu einem Kampf darum, die Labour Party zu demokratisieren und den Mitgliedern mehr Einfluß zu geben. In den frühen 80er Jahren wurden grundlegende demokratische Reformen angenommen; Michael Foot, eine Schlüsselfigur der Linken seit den 1930ern, wurde Parteiführer. Die demokratischen Reformen und die Linksverschiebung der Politik führten 1981 zu einer Abspaltung von Rechten, die eine Sozialdemokratische Partei gründeten. Die Linksentwicklung drückte sich vor allem in den kommunalen Parlamenten aus. Die abgespaltete SDP half Thatcher, an der Macht zu bleiben; die LP verlor die Wahlen 1983, 1987 und 1992. 1997 gewann sie unter Tony Blair eine sehr große Mehrheit und setzte eine Menge fortschrittlicher Reformen durch. Dann setzte Blair mit New Labour sein eigenes Programm einer neoliberalen Politik um und die LP begann, Mitglieder und Unterstützung zu verlieren.

2010, nach dem Irak-Krieg, der Bankenkrise von 2008 und sehr großer Enttäuschung in der LP (damals hatte Gordon Brown von Blair übernommen), führte das Wahlergebnis

zu einer Koalition der Tories mit den Liberalen. Deren Politik führte zu starken Angriffen auf die ärmeren Menschen zugunsten der Reichen. Die Bewegung nach links in der LP hatte zum Ergebnis, dass Ed Milliband zum Parteiführer gewählt wurde statt seines Bruders David, einer Blair-Kreatur. Aber damals war Labour so sehr von ihren Anhängern getrennt, die Mitgliedschaft war geschrumpft und Blairs undemokratische „Strukturreformen“ hatten die Abgeordneten von jeglicher Verbindung mit ihren Mitgliedern befreit, dass Ed scheiterte, die Linksentwicklung von unten für sein Vorhaben zu nutzen. So schaffte es Eds kleiner Schritt nach links nicht, Begeisterung bei den Wählern hervorzurufen und Labour verlor die Wahlen 2015.

Jeremy Corbyn gewann die Wahl zum Parteivorsitz im September 2015 gegen zahlreiche Blair-Anhänger speziell dank junger Menschen und Hunderttausender neuer Mitglieder und Unterstützer. Die Wahl 2017 führte zum stärksten Anstieg an Stimmen für Labour seit 1945, aber es reichte nicht, um die Tories zu schlagen, die an der Macht blieben mit Unterstützung der nordirischen reaktionären DUP. Gegenwärtig macht die LP einen Demokratisierungsprozeß durch.

In den Jahren der Austeritätspolitik haben sich viele Gewerkschaften nach links entwickelt. Die LP bekommt immer frisches Blut von Gewerkschaftsmitgliedern, die aktiv werden, politisch zu denken beginnen und dann der Partei beitreten. Die Verbindung mit den Gewerkschaften hält die LP in Verbindung mit der Arbeiterklasse. Deshalb wollten die Blair-Anhänger diese Verbindung zerstören, um es Karrieristen aus der Mittelklasse zu ermöglichen, frei nach ihrem Gutdünken zu handeln.

Die europäischen sozialdemokratischen Parteien sind nach zwei Jahrzehnten neoliberaler Politik in der Krise. Sie scheinen keine Ideen zu haben, einschließlich der SPD, die sich unter Schröder mit Blair mit seinem sogenannten „Dritten Weg“ verbündete. Ein organisierter linker Flügel existiert seit den späten 1960er Jahren nicht mehr. Das Entstehen der WASG entzog ihr jegliches sozialistische Element, als sie die SPD verließ und sich mit der PDS zusammenschloß, um Die Linke zu gründen. Der Linken wieder-

um ist es nicht gelungen, eine Alternative zur SPD zu entwickeln; sie scheint an ihren Rockzipfeln zu hängen. Sie kann nicht länger mehr bezichtigt werden, eine Fortsetzung der SED zu sein. Jahrzehnte sind vergangen, seit die DDR zusammenbrach. Neue Generationen sind aufgewachsen, für die der Kalte Krieg nur Geschichte ist. Wenn sie eine attraktive, dynamische Kraft werden sollte, müßte sie sich selbst erneuern. Dazu ist es notwendig, dass es eine große Anzahl junger Menschen gibt, die nach einer politischen Heimat suchen, wie es bei Corbyn und der Labour Party der Fall war. Junge idealistische Menschen mochten es, wofür Corbyn stand. Sie bewunderten seinen jahrzehntelangen Einsatz bei der Unterstützung der anti-imperialistischen Sache, der Befreiungskämpfe, seine Gegnerschaft gegen imperialistische Kriege, sein Engagement für den Sozialismus usw. Im Augenblick kann ich nicht sehen, wo eine Corbyn-artige Entwicklung in der BRD herkommen sollte. Früher, in den 1960ern, war Rudi Dutschke eine europaweite Inspiration für die Anti-Vietnamkriegsbewegung. Wir brauchen heute vergleichbare Figuren, um Enthusiasmus, Hoffnung und einen Sinn im Leben zu kreieren. Es muß eine Alternative zum Kapitalismus geben.

m.j.

Anzeige

August Thalheimer: Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, 1,50 €.

Bestelladresse:
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Folgen aus den Landtagswahlen: Neue Koalitionen, Rücktritte, Reparaturpolitik

Dieser Text ist eine gekürzte Version, der ganze Artikel kann über uns bezogen werden; Redaktion Arbeiterstimme



Endet die Große Koalition vorzeitig?

Einen Bruch der mächtig angeschlagenen Regierungskoalition in Berlin wollen nach kaum neun Monaten ihres Bestehens die beteiligten drei Parteien CDU, CSU und SPD freilich möglichst noch mit allen Mitteln verhindern bzw. hinauszögern, obwohl dies in gewisser Weise am klarsten dem „Wählerwillen“ entspräche. Die dennoch vielleicht bald fälligen Neuwahlen fürchten alle drei wie der Teufel das Weihwasser; versprechen sie sich davon zu Recht kaum ein besseres Abschneiden als vor einem Jahr bei der Bundestagswahl. Im Gegenteil, der aktuelle „Bundesabwärtstrend“ in Umfragen sieht die Union und SPD bei mickrigen 26 bzw. gerade noch 14 Prozent, was der „Volkspartei“ SPD noch Platz drei unter den Parteien zuweist hinter Union, Grünen und gleichauf mit AfD. Die Spitzengremien der Parteien der Großen Koalition (GroKo) sind höchst alarmiert. Es läuft derzeit allgemein mit CDU-Regionalkonferenzen und SPD-Debattencamps eine Art Erste-Hilfe-Notprogramm zur Rettung der Beteiligten der Großen Koalition auf der Intensivstation. Zugleich machte Kanzlerin Merkel einen Tag nach der Hessen-Wahl durch ihren angekündigten Rücktritt vom Parteivorsitz auf dem CDU-Parteitag am 7./8. Dezember in Hamburg den Weg für ihre Nachfolge frei, für die sich bei den acht Regionalkonferenzen im November die drei Hauptbewerber Jens Spahn, Friedrich Merz und Annegret Kramp-Karrenbauer gegenüber dem Parteivolk in Stellung bringen sollten.

„Sozialstaat 2025“ – Hartz IV ade?

Die SPD-Vorsitzende Nahles hatte nach der grandios verlorenen Bundestagswahl im Herbst 2017

ihren Genoss*innen regenerativ wie in einer Art politischer Reha noch empfohlen, wieder mehr „Kapitalismuskritik“ zu betreiben. Doch nur wenige Monate später fand sie sich aus „Verantwortung für das Land“ – (und weil Bundespräsident Steinmeier kräftig nachgeholfen hatte) in einer neu aufgegossenen, ungeliebten Koalition mit eben jenem politischen Gegner wieder, dem man eigentlich in der Opposition die antikapitalistischen Zähne zeigen wollte. Mit ihrer Intervention wenige Tage vor der Bayernwahl verkündete die SPD-Frontfrau in einem Beitrag in „DIE ZEIT“ vom 11.10.: „Wir werden ein neues, modernes Sozialstaatskonzept entwerfen für den ‚Sozialstaat 2025‘, das „die sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen des digitalen Kapitalismus“ sein soll. Nahles weiter: „Wir werden uns aus dem gedanklichen Gefängnis der Agendapolitik, über die wir viel zu lange rückwärtsgewandt geredet haben, befreien“. Sie wolle „mit einigen Sachen aufräumen, die uns als SPD immer noch blockieren“, Nahles plädierte dafür, „über den Koalitionsvertrag hinauszudenken“, wie sie beim Anne-Will-TV-Talk am 11.11. betonte, worauf ihr CDU-Wirtschaftsminister Altmaier an gleicher Stelle in Lob und Verteidigung der Agenda 2010 den Schröder-Spiegel vorhielt und direkt antwortete, es stehe aber „vom neuen Sozialaufbruch der SPD nichts im Koalitionsvertrag“. Die SPD-Vor-



Für die Unionsparteien und die SPD gab es bei den Landtagswahlen im Oktober in Bayern und Hessen empfindliche Niederlagen. Die CSU sah sich in Bayern gezwungen, wie schon 2008 mit den Liberalen, sich erneut nach einem Koalitionspartner umzusehen und fand ihn in der ihr ähnlichen Partei der Freien Wähler (FW). Das entsprach auch schon der am Wahlabend zum Ausdruck gebrachten Präferenz ihrer Führung für ein „bürgerliches Bündnis“. Die SPD erlitt beide Male so schwere Stimmeneinbußen mit einer Halbierung ihrer Mandate, dass sie sich die Frage allmählich stellen muss, ob sie sich noch zu Recht eine Volkspartei nennen kann. In Bayern nimmt die SPD nur noch Rang drei in der Opposition ein, mit den Grünen und der AfD vor der Nase. Auch in Hessen reichte es für die SPD nur noch zum dritten Rang knapp hinter den Grünen. Auch nach der Neuauszählung der Stimmen im November wegen vermuteter Unregelmäßigkeiten beim ursprünglichen amtlichen Ergebnis blieb es bei einem Mandat mehr für Schwarz-Grün und der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und Grünen, die 66 Stimmen vor der SPD landeten. CDU-Ministerpräsident Bouffier hob als großer Wahlverlierer dennoch hervor, dass die CDU ihre beiden Wahlziele erreicht habe: stärkste Partei zu werden und eine rot-rot-grüne Koalition zu verhindern. Jede Niederlage ist eben nur relativ.

sitzende verwies Altmaier wiederum darauf, dass, was damals unter Kanzler Schröder richtig und als Modernisierung nach jahrelangem Reformstau unter der Kohl-Regierung angesagt und notwendig gewesen sei, sich heute nach 15 Jahren anders darstellt. Richtig, denn inzwischen hat die SPD weit mehr als die Hälfte der Stimmprocente von etwa 40 Prozent eingebüßt, die sie bei der Kohl/Genscher-Abwahl 1998 noch großartig einfahren konnte. Seither verlor die SPD etwa 10 Millionen Wähler*innen.

Der SPD-Parlamentsgeschäftsführer im Bundestag, Carsten Schmidt, setzte noch die Frohbotschaft hinzu: „...die Zeit des Abbaus ist vorbei“. indem er am selben Tag in Berlin erklärte, die Zeit der Kürzungen und Einschränkungen in der gesetzlichen Sozialversicherung seien für die SPD beendet. So also bestimmen Parteien bei uns nach Gutdünken den sozial- und arbeitsmarktpolitischen Diskurs, als gäb's sowas wie Gewerkschaften oder Arbeitskämpfe nicht mehr. Die SPD sozusagen als „Betriebsrat der Nation“ (J. Trittin, Die Grünen). Was fast wie Offenbarungen im Beichtstuhl anmutet, erfolgte zur selben Zeit, als im aktuellen ARD DeutschlandTrend der Union und SPD weitere drastische Umfrageverluste bescheinigt wurden. Genützt hat es aktuell nichts mehr. Besonders die Sozialdemokratie blickt seit dem 14. und 28.10. in den Abgrund volksparteilicher Bedeutungslosigkeit. Der bittere Abstieg ins tiefe Tal, in das sie schon der substanzlose Schlingerkurs ihres Ex-Parteichefs Schulz 2017 geführt hatte, gerät nach den desaströsen Voten von Bayern und Hessen zum freien Fall.

Mal hü, mal hott

Was bisher alle sozialen Proteste, Widerstände und auch die Schulz-Pleite nicht schafften, scheint nun opportunerweise unter dem Druck des freien Falls der SPD plötzlich zu gehen. Gegen die akute Warnung von Alt-Kanzler Schröder, „mit einer Politik, die Linkspartei noch links zu überholen“, gewinne man keinen Blumentopf, erklärte SPD-Generalsekretär Klingbeil in der zweiten Novemberwoche gegenüber dem Magazin „Focus“: „Hartz IV ist von

gestern, wir arbeiten an einem neuen Konzept und damit ist Hartz IV passé – als Name und als System.“ Wer sich künftig in Qualifizierungsmaßnahmen befinde, solle weiterhin Arbeitslosengeld I erhalten und nicht mehr in die Grundsicherung abrutschen, so Klingbeils gewagt-utopische Ankündigung. Eine „neue Grundsicherung“ nennt dies bereits wieder relativierend Andrea Nahles. In einem Gastbeitrag für die „FAZ“ (17.11.) konkretisierte sie diese als „Bürgergeld“, das „klar und auskömmlich“ sein müsse unter „weitgehendem Wegfall von Sanktionen“ – also weiter eine Art Hartz IV light. Ähnlich positionierte sich auch der DGB-Chef Reiner Hoffmann, der den grünen Vorstoß des Parteivorsitzenden Habeck gegen Hartz IV mit dem Vorschlag einer grundlegend neuen „Garantiesicherung“ ohne Arbeitszwang kritisierte. Es sei, so Hoffmann gegenüber der Funke-Mediengruppe, „keine gute Idee“, Arbeitslose gar nicht mehr zur Aufnahme von Arbeit zu bewegen. Arbeit sei „Teilhabe und wichtig für den sozialen Zusammenhalt“, stimmt, und – sei hinzugefügt – für den Profit der Kapitalisten. Gegenwärtig baut die SPD mit ihren neuen Sozialstaatsplänen bewusst noch vor der CDU-Wahl im Dezember massive Anti-Merz/Spahn-Hürden auf, was die SPD-Präferenz für ein Weiterregieren mit Kramp-Karrenbauer als neuer Parteivorsitzender und nächster Unions-Kanzlerkandidatin nach Merkels möglichem vorzeitigem Abgang noch vor 2021 signalisieren soll.

AfD weiter auf dem Vormarsch

Keine extreme rechte Partei in Deutschland, weder NPD, DVU noch Republikaner, erreichte nach 1945 aus dem Stand mit Angst- und Ausgrenzungsthemen jemals eine solche Dimension in so kurzer Zeit. In Hessen wanderten 100.000 Wähler*innen von der CDU und 50.000 von der SPD zur AfD ab. Ihre Rolle sieht sie, wie ihr Vorsitzender Meuthen am 28. Oktober im Interview bekräftigte, dennoch vorerst im starken oppositionellen Auftreten in den Länderparlamenten, dann käme, so Meuthen, die Nachfrage nach ihnen von selbst. Die AfD – längst kein Ostphänomen mehr – zog in beängstigendem Tempo mittler-

weile oft mit zweistelliger Prozentzahl in alle 16 Landesparlamente ein und hat damit zusammen mit der starken Bundestagsfraktion eine günstige strategische Ausgangsposition für ihren Versuch, damit in einem nächsten Anlauf aus der Opposition heraus absehbar in bürgerlich-rechte Koalitionen gelangen zu können. In ostdeutschen CDU-Landesverbänden wird über mögliche Rechtskoalitionen schon länger hinter vorgehaltener Hand nachgedacht. Man will sich primär ja als Partei an der Macht retten und nicht die Demokratie, was erst an zweiter Stelle kommt. Die Gesamtanzahl an Landtagssitzen für die AfD beträgt inzwischen 197, das sind 10,5 Prozent von allen. Zusammen mit den 92 Abgeordneten im Bundestag sind dies 289. Die Partei hat aktuell 30.200 Mitglieder und erhielt bisher 7,55 Millionen Euro an staatlichen Zuschüssen.

Noch mag bisher von der rechten Mitte niemand mit der erstarkenden AfD koalieren. Bei der Bundestagswahl 2017 wurde sie in Sachsen sogar stärkste Kraft, noch vor der CDU. Die bevorstehenden drei schwierigen Landtagswahlen im kommenden Jahr in Brandenburg und Sachsen jeweils am 1.9. und in Thüringen am 27.10. werden hier vermutlich mehr Klarheit bringen. Am stärksten nachgefragt von der Bevölkerung wird die AfD im Osten, wo sie mittlerweile überall zweitstärkste Kraft hinter der CDU mit Stimmanteilen klar über 20 Prozent ist. In Sachsen trennen sie laut aktuellen Landesumfragen im Mittel nur noch rund vier Prozent davon, mit der CDU gleichzuziehen. Die Frage stellt sich dann möglicherweise, ob es dagegen wie in Thüringen mit der linken Ramelow-Regierung 2015 ein entschlossenes Bündnis demokratischer Kräfte geben kann. Oder müssen wir uns in Deutschland auf „österreichische Verhältnisse“ einstellen? Die AfD gewinnt ihren Zulauf vorrangig nicht über ihr parlamentarisches Auftreten, wo ihre Repräsentant*innen eher blass, stets gereizt und plakativ argumentierend wirken, sondern auf der Straße, in verblendeten Köpfen und über ihre geschickt eingesetzten digitalen und unsozialen Medien. Egal, ob mit zurücktretenden Parteiikonen, frisch polierten bekannten Köpfen oder mit pionierhaften Feldlagern - die

Wähler*innen laufen der Union und SPD zu Zehn- bis Hunderttausenden davon und wechseln die Seiten, um ihnen eins ums andere Mal bei Landeswahlen saftige Denkkzettel zu verpassen – der einzigen „Rache“ und Genugtuung des missachteten Wählerwillens, auch wenn dabei bürgerlich-konservativ wie in Bayern pro Freie Wähler oder gleich ganz rechts gewählt wird, wie die Zugewinne der AfD überall belegen.

CSU und Freie Wähler – teile und herrsche!

In Bayern demonstrierte nach der Wahl am 14. Oktober die CSU, wie man auch einen mehr als 10-prozentigen Stimmenverlust so pariert, dass man in einer bürgerlichen Koalition die eigene Staatsregierung rettet und ansonsten weitgehend bei der Regierungsbildung das Heft in der Hand behält. Kommunalpolitisch verankert, mittelstandsorientiert, migrationsskeptisch und konservativ der Familie, Kirche und Tradition verpflichtet, passt zwischen FW und dem Original CSU zusammen, was mal zusammen gehörte. Justiz, Inneres und Integration, Finanzen, das neue Digitalisierungsministerium und den wichtigen Vorsitz im Haushaltsausschuss hält die CSU fest in eigener Hand und die FW damit aus dem Kernbereich ihrer Politik weitgehend heraus. Auch auf eine sichere parlamentarische CSU-Hausdominanz legt der alte und neue Ministerpräsident Söder viel Wert, so dass die frühere Ministerin für Wohnen, Bauen und Verkehr, Ilse Aigner, nun Landtagspräsidentin werden durfte und damit als Söders schärfste innerparteiliche Konkurrentin nicht mehr in seinem Kabinett ist.

CSU und Freie Wähler passen gut zusammen, sind die FW in Sonderheit doch im Grunde nur eine Abspaltung von der CSU, seit es sie seit 2009 gibt. Dennoch spekulieren auch die FW, die neuerdings mit dem Zusatz „Bundesvereinigung“ firmieren, auf eine bundesweite Ausdehnung in den kommenden Wahlperioden. Ihr Vorsitzender, Hubert Aiwanger, sieht sie optimistisch bis in zehn Jahren dem Trend der Wähler*innen hin zur bürgerlichen und konservativen Mitte folgend im Bundestag. Die FW

haben rund 4.500 Mitglieder, davon 3.300 in Bayern (Staatszuschuss: 1,65 Millionen Euro). Die CSU hat über Jahrzehnte gewohnten sicheren Regierens mit absoluten Mehrheiten die Entwicklung der letzten 40 Jahre praktisch so gut wie verschlafen; sprich, die allgemeine Liberalisierung, Feminisierung und Ökologisierung der Gesellschaft, an ihr nur wenig Spuren hinterlassend, gingen vorüber. Damit dürfte jetzt Schluss sein. Auch die CSU muss künftig kleinere Brötchen backen, wenn sie auch nach wie vor in Städten wie in der Fläche auf dem Land absolut bestimmend ist, wie ihre fast durchweg wieder errungenen Direktmandate zeigen.

Kleine Sieger

Die Erfolge der Kleinen wertete der FDP-Vorsitzende Christian Lindner als „Misstrauensvotum“ per Wahlzettel gegen die Große Koalition. Grüne, FW, FDP und AfD gehören zu den deutlichen Stimmenabräumern der Wahldebakel der Großen. Das Parteiengefüge scheint sich allmählich auf mehrere bürgerliche Parteien von nur noch mittlerer Größe zwischen 12, 15 bis 25 Prozent zu bewegen, was künftig mehr Dreier-Koalitionsoptionen wie „Ampel“ oder „Jamaika“ bis hin nach ganz rechts zur AfD möglich werden lassen könnte. Eine Rückkehr zu den großen Konstellationen wird immer unwahrscheinlicher. Damit liegt nun auch Deutschland spürbar im europäischen Trend des Verfalls großer Parteien, wie es z.B. vor Jahren schon den französischen Sozialisten und den italienischen und französischen Kommunisten widerfuhr. Was die Volksparteien in ihren eingemitteten Positionen nicht mehr ausdifferenzieren, differenziert sich durch die Wahlergebnisse aus. Solange die frustrierten Wähler*innen aber eher den Weg zur indifferenten neuen bürgerlichen Mitte mit Grünen, FDP, FW nehmen oder zur AfD tendieren, dürfte es die Linkspartei weiter schwer haben, daraus einen Nutzen zu ziehen. Sie blieb deutlich hinter den ihr gestellten Vorwahl-Prognosen zurück. Mit jeweils nur kleinen 1-Prozent-Zugewinnen gelang ihr zwar nicht der Sprung in den bayerischen, dafür aber sicher mit drei Mandaten mehr

in den hessischen Landtag. Ihr haftet nach wie vor der Makel der „linken Extremen“ an. Daran wird auch eine offene Sammlungsbewegung à la „Aufstehen“ von Wagenknecht/Lafontaine und Freunden nicht viel ändern; es sei denn, sie gibt ihre linke Grundorientierung peu à peu auf und ergeht sich in ihren politischen Aussagen wie andere Gruppierungen in einer Art populistischem Neusprech. Dann aber ist sie keine linke Option mehr mit Blick klar auf Sozialismus. Eine rot-rot-grüne Alternative für Deutschland scheint derzeit weder sehr populär noch mehrheitsfähig zu sein. SPD und Bündnis 90/Die Grünen tauschen offenbar gerade ihre Rollen als bürgerliche Parteien in einer linken Mitte. Die Grünen sind dabei, die ehemals Roten zu überholen und hinter sich zu lassen.

Grüne Verwandlungskünste

Es gab diesmal einige erwähnenswerte Besonderheiten in Bayern und Hessen: In Frankfurt, Offenbach, Kassel und Darmstadt errangen die hessischen Grünen erstmals fünf Direktmandate, darunter Wirtschafts- und Verkehrsminister Tarek Al-Wazir im Stimmbezirk Offenbach-Stadt. Ebenso holten in Bayern in einigen Münchner Stimmkreisen und in Würzburg-Stadt die Grünen erstmals insgesamt sechs Direktmandate. Die grün Wählenden in Hessen verziehen dem grünen Wirtschafts- und Verkehrsminister Al-Wazir, einst Frontmann für die Option Rot-Grün, sogar, dass er in der Dieselaffäre beim Verwaltungsgericht gegen Fahrverbote für die Umweltstinker klagen ließ. Im Fall Frankfurter Flughafenausbau (nach Al-Wazir seien die Grünen nie gegen den Flughafen, nur gegen dessen Ausbau gewesen), wirft ihm, der sich jetzt für Lärmschutz bei Flugzeugen einsetzt, die grüne Basis vor, im Spagat zwischen Anforderungen des Verkehrsressorts und Ausbauegnerschaft seine grüne Seele verkauft zu haben. „Noch nie war Hessen so grün“, jubelten Priska Hinz, grünes Gründungsgestein und ihre Freunde als Thronfolger im einstigen SPD-Stammland, wo es ab 1984 unter dem SPD-Ministerpräsidenten Holger Börner mit dem ehemaligen Frankfurter Sponti und Straßenkämpfer

Joschka Fischer den ersten grünen Umweltminister in Turnschuhen und unter Hans Eichel (SPD) von 1995 bis 1999 die letzte rot-grüne Koalition gab. Seither hat in Hessen die CDU das Sagen. In die wunde Kerbe der in der GroKo demontierten SPD hauen als Möchtegern-SPD-Erben prominente Grüne wie der bayerische Bundestagsfraktions-Vorsitzende Anton Hofreiter, der vom bayerisch-hessischen Aufwind beflügelt, die Grünen als zweitstärkste Kraft klar vor der SPD sehen und quasi als „grüne Volkspartei“ etablieren will. Was in Bayern gelungen sei, sieht Hofreiter als Perspektive auch für ganz Deutschland. „Wir wollen dauerhaft führende Kraft der linken Mitte werden. In Bayern haben wir erlebt, dass dies möglich ist“, sagt Hofreiter. Die großen Demonstrationen, wie etwa für den Hambacher Forst, verstünden die Grünen als Auftrag: „Wenn Grüne gesellschaftliche Mehrheiten haben, entstehen daraus auch politische Mehrheiten.“ Da meldet sich der einstige grüne Juniorpartner als Herausforderer der SPD, die in Bayern immerhin 210.000 und in Hessen 142.000 Wanderwählende an die Grünen abgab.

Sündenbock „Berliner Politik“ und plakativer Politikstil

Von den Wahl-Verlierern in Erklärungsnot war von verschiedener Warte aus viel die Rede vom Einfluss der „Berliner Politik“ auf die Stimmungslagen in Bayern und Hessen. Sie hätte die Landesthemen überlagert und verdrängt, wogegen man keinen Fuß auf den Boden bekommen hätte, war dann auch die frustrierte Analyse des hessischen SPD-Spitzenkandidaten Thorsten Schäfer-Gümbel, der bei seinem dritten Wahlantritt erneut leer ausging. CSU-Chef Seehofer pochte scheinheilig auf die Verantwortung, die die Bayern-Wähler seiner Partei übertragen hätten. O-Ton des CSU-Parteichefs: „Wir müssen nun die Kraft und Geschlossenheit aufbringen“, um eine „stabile Regierung“ zu bilden. Und sowas aus dem Mund des Berufsspalters der Großen Koalition. SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil konterte und meinte, Seehofer gehöre zu jenen Regierungsmitgliedern, die „immer wieder die

eigenen Egoismen über das Wohl der Regierung gestellt haben.“ Und – darf hinzugefügt werden, auch des Volkes. Kurz nach der Bayernwahl wurden gegenüber Seehofer bereits erste Rücktrittsforderungen aus den CSU-Kreisverbänden Kronach (Unterfranken), Bayreuth (Oberfranken) und Passau (Niederbayern) laut. Nach dem Söder-Aigner-Schulterchluss und der Konstituierung der neuen Staatsregierung in München erwartete man in der CSU Seehofers Rücktritt vom Parteivorsitz, den er am 16. November definitiv für den 19. Januar 2019 ankündigte, wenn auf einem CSU-Sonderparteitag ein neuer Vorsitzender gewählt werden soll. Wobei Seehofer Konsequenzen auch für sein Ministeramt, wie von der SPD verlangt, bisher ausschließt.

Das Debakel in einer diffusen, indifferenten bürgerlichen Mitte, das den Raum nach rechts weit öffnet, zeigt sich immer deutlicher. Ein plakativer, inhaltsloser Politikstil verärgert zudem zunehmend die Menschen. Es sei hier an dieser Stelle nur einmal erwähnt, wie heute eine weithin meinungsmanipulierte „Öffentlichkeit“ von der Politik genasführt und für dumm verkauft wird. Da verstieg sich z. B. die CDU-Vize Ursula von der Leyen beim Maybritt-Illner-TV-Talk (1.11.) bei ihrer Aufzählung dessen, was politisch erreicht worden sei, zu der Feststellung, dass die millionenfache Arbeitslosigkeit bei uns „kaum noch messbar“ sei. Sie scheint die Statistiken ihres CDU-Kollegen und Wirtschaftsministers Altmaier nicht zu kennen oder defekte Messgeräte zu haben. 6 Millionen Hartz IV-Empfänger*innen am Existenzminimum und 15,5 Millionen (19 %) Deutsche, die laut Statistischem Bundesamt aktuell von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen und bedroht sind, sind dann in so einer selektiven Wahrnehmung auch keine zu bedenkenden Größen. Solche Politikerin-Arroganz ist mit ein wesentlicher Grund für die allgemein beklagte Denkmittelmentalität vieler Wahlberechtigter, die sich kein X für ein U mehr vormachen lassen wollen oder sich vom Politikbetrieb abwenden. Auch wer de facto abgewählt wird, regiert heutzutage in der „Parteiendemokratie“ munter weiter.

In der Union brodelte es

Die Wirklichkeit hat auch Seehofer und seine geschliffene Volksparteibastion nun wachgerüttelt und eines Besseren belehrt. Nach Höhenflügen wie noch 2003 mit Edmund Stoibers Traumergebnis von „60 plus“-Prozent und dem jähen Verlust der absoluten Mehrheit bei der Wahl 2008, die sie zur Koalition mit den Liberalen zwang, errang man mit Seehofer 2013 noch einmal die Alleinregierung. Seither ist die CSU im Sinkflug, bereits bei der Europawahl ein Jahr später, als es nur noch rund 40 Prozent wurden, über die Bundestagswahl 2017 bis jetzt. Die von der CSU-Dreierspitze betriebene „Asylwende“ gegen die verschärfte deutsch-europäische Migrationspolitik Merkels, mit der Seehofer & Co. nicht durchkamen, brachte am Ende die Berliner Regierungskoalition noch in Bestandsnöte. Das „EU-Rocken“ durch die CSU-Führung polarisierte die CDU in Pro und Contra gegenüber der kleineren Schwesterpartei, wobei das Contra wohl deutlich überwog, aber zu etwa einem Drittel auch CSU-intern zu registrieren war. Der CSU-Bundesinnenminister ist derzeit in der Umfragemisgunst der Deutschen mit Abstand der unbeliebteste Politiker.

Nebenbei wurde dadurch Merkels unübersehbarer Führungs- und parteiinterner Integrationsverlust offenbar. Nahe an einer Kampfabstimmung wurde ihr langjähriger Vertrauter und bewährter Hauskandidat für das Amt des Unionsfraktionsvorsitzenden, Volker Kauder, bei der Routinewahl am 26. September gestürzt. Er hatte zuletzt die Unionsfraktion immer mehr nur noch im selbstgefälligen Gutsherrenstil angeführt. Der gemächliche Badener Kauder wurde durch den jüngeren Ostwestfalen Ralph Brinkhaus, einen ausgewiesenen Marktliberalen, ersetzt; ein deutliches Zeichen auch für eine massive Stimmung in der Union gegen den „Sozialdemokratisierungskurs“ von Merkel, zu weit in eine SPD-kompatible „linke Mitte“. Obwohl Brinkhaus sofort seine loyale Unterstützung Merkels betonte, zeigt der Vorgang, dass Macht und Rückhalt der CDU-Parteichefin in der Union zusehends schwinden. Kaum zwei Wochen später forderte Brink-

haus in einer Rede auf dem Deutschlandtag der Jungen Union, die CDU müsse sich grundlegend erneuern, was personell wie konzeptionell gemeint ist. „Erneuern“ ist das derzeitige Unions-Zauberwort. Mit dieser Forderung liegt Brinkhaus auf einer Linie mit den Merkel-Gegnern in der Union. Es werde, so Brinkhaus' Worte, in der CDU noch zu viel in herkömmlichen Strukturen, Vorständen und Gremien gedacht. Man müsse in Projekten denken, an denen sich unterschiedliche Menschen beteiligen. Ob er damit vielleicht auch schon an mögliche spätere Koalitionen mit der AfD dachte? Mit der Schuldzuweisung der Bayern-CSU an die „Berliner Politik“ als zumindest mitverantwortlich für das eklatante Stimmungstief in der Wähler*innenschaft, konnte nur Merkels Führungsmanko und „Linkspositionierung“ in der Regierung gemeint sein – was halt aus CSU-Sicht eben „links“ zu nennen ist.

„Causa Maaßen“

Auch die im September tagelang schwelende Auseinandersetzung im Fall des Verfassungsschutz-Präsidenten Hans-Georg Maaßen, in die wiederum Innenminister Seehofer als dessen Dienstherr zentral verwickelt war, belastete die Große Koalition schwer bis fast zum Zerreißen. Maaßen war. im Zusammenhang

mit schweren rechtsextremen Ausschreitungen in Chemnitz ab dem 26. August und an den Folgetagen, durch seine offensichtliche pro-rechte Betriebsblindheit aufgefallen. Er stellte offen in Abrede, dass es in der Folge der Tötung eines Deutsch-Kubanners im Streit durch Migranten bei einem Straßenfest zu Verhöhnung und Straßenhatz eines aufgebracht rechten Mobs gegen ausländische Menschen gekommen ist. Die anschließende Berufung Maaßens als „Konsequenz“ daraus durch Seehofer zum Staatssekretär im Innenministerium kam, zusammen mit einer deutlichen Gehaltshöherstufung von 2.700 €, einer Beförderung und Belohnung des heftig ins politische Zwielicht geratenen obersten Staatsschützers gleich, was in SPD- und Oppositionskreisen zu einhelliger Empörung führte, die nun eine Neuverhandlung der Causa Maaßen verlangten. Nur die AfD gab sich Maaßen-freundlich. Der folgende revidierte Maaßen-Deal beinhaltete dessen Bestellung zum „Sonderberater“ beim Innenminister ohne Beförderung. Das nahm Maaßen zwar aus der Schusslinie öffentlicher Kritik heraus, hinterließ aber in der demokratischen Öffentlichkeit mehr als einen üblen Nachgeschmack erneuter Seehoferscher Ministerwillkür, die wiederholt die Große Koalition in die Krise trieb und von ihrer „Sacharbeit“ abhielt. Anfang November wurde Maaßen in derselben Sache

erneut auffällig. Bei seiner Abschiedsrede bereits am 18. Oktober im Kreis von europäischen Geheimdienstchefs in Warschau griff er die Regierungskoalition, speziell die SPD, heftig an, „linksradikale Teile“ in ihr wollten an ihm ein „Exempel statuieren“ und ihn aus dem Amt drängen. Da er erneut seine umstrittenen Äußerungen zur „Hetzjagd“ in Chemnitz wiederholte und sein Redemanuskript auch im Intranet des Verfassungsschutzamtes veröffentlichte, war er nun auch für Seehofer nicht mehr zu halten, der ihn jetzt in den einstweiligen Ruhestand versetzte. Maaßen, noch CDU-Mitglied, wurde jetzt offiziell von der AfD eine Offerte gemacht.

Wer führt in Zukunft die CDU?

Die bürgerliche Presse und die Medien orakelten über Merkels angekündigten Rücktritt vom Parteivorsitz in vielfachem Echo als „Anfang vom Ende“. Merkel begründete den Schritt damit, der CDU einen „Neuanfang“ zu ermöglichen. Im Grunde ist es das Eingeständnis auch gerade nach der Kauder-Abwahl, politisch am Ende zu sein und den Weg für einen fälligen Wechsel in der CDU-Führung zwangsläufig jetzt freimachen zu müssen. Zum Zeitpunkt der ersten CDU-Regionalkonferenz zur Kandidatenvorstellung in Lübeck für den Norden und Nordosten am



15.11. mit rund 800 Teilnehmern lag Generalsekretärin Kramp-Karrenbauer klar vor ihrem stärksten Konkurrenten Merz und noch deutlicher vor Spahn. Wer den Parteivorsitz eringt, würde auch nächste/r Unions-Kanzlerkandidat*in. Letztlich ist aber die Frage weniger die nach neuen Köpfen, als nach einer anderen sozialen Politik für und mit den Menschen, für die gerade die CDU mit ihrem einflussreichen neoliberalen Wirtschaftsflügel, der klar hinter Merz steht, und ihren Rüstungslobbyisten kein Garant ist. Die verspätete Reaktion auf massiven äußeren Druck, aufgrund schwindender Legitimation und der Folgen eines Rechtsrucks und nicht aus freien Stücken einer political correctness, hat die Demokratie der etablierten Demokraten vielleicht am meisten irreparabel beschädigt.

Unruhe in der SPD - Nahles unter Druck

In der SPD machten derweil Rufe einiger SPD-Linker wie von Juso-Chef Kevin Kühnert und Partei-Vize Ralf Stegner länger schon mit dünner werdendem Geduldsfaden die Runde, aus der Großen Koalition auszusteigen, die die Vorsitzende Nahles wie den Geist in der Flasche bislang einzuhängen versucht. Bei Koalitionsbruch und Neuwahlen, das weiß Nahles nur zu genau, würde die SPD „erstmal in der Versenkung verschwinden“ (G. Neugebauer, Politologe in heute.de, ZDF). Stegner legte wenige Tage vor einer zweitägigen Klausur der SPD-

Spitzengremien in Berlin am 4./5.11. im Internet ein 10-Punkte-Positionspapier vor, in dem er, abgestimmt mit der SPD-Parteileitung, Nahles' Konzept vom neuen Sozialstaat 2025 aufgriff und im Einzelnen präziserte: U.a. steht darin, die vereinbarten Maßnahmen im Koalitionsvertrag kompromisslos einzufordern, für ein „soziales Europa“ einzutreten, sowie „Verteilungsgerechtigkeit“ durch gerechte Steuern herzustellen. Schützenhilfe leistete Juso-Vorsitzender Kühnert mit dem Vorschlag, den für Ende 2019 vorgesehenen SPD-Parteitag zeitlich deutlich vorzuziehen und von SPD-Arbeitsminister Heil verlautete, den Mindestlohn nun rasch bis 2020 stufenweise auf 12 Euro aufzustocken. Auch Hessen-Landeschef Schäfer-Gümbel legte noch nach und kritisierte das Fehlen erkennbarer Positionen der Sozialdemokratie, selbst im Vorstand. Angesichts des fragilen Zustands der Koalition habe, so Schäfer-Gümbel, die SPD keine Zeit zu verlieren, um ihre Programmatik auf den aktuellen Stand zu bringen. Nach der SPD-Klausur am 5.11. versicherte Nahles, die SPD werde keinen vorgezogenen Sonderparteitag mit einer Entscheidung nach der Halbzeit über die Zukunft der Großen Koalition anstreben. Man wolle nun aber bis Mitte Dezember mit der Union klären, wie es in der Koalition „im Stil als auch mit konkreten Projekten“ weitergeht. Damit wurde faktisch eine neue Zäsur kurz nach dem CDU-Parteitag gesetzt und zum Teil die erst für Ende 2019 vorgesehene „Evaluation“ praktisch noch in dieses Jahr vorverlegt.

Quo vadis Sozialdemokratie?

Zu Recht heißt es in einem „unsere zeit“-Kommentar der DKP: „Die Voraussetzung [für Erneuerung] wäre, als Anlass für den politischen Kurswechsel nicht die Abkehr der Wähler von der SPD zu erkennen, sondern die Abkehr der SPD von einer an den Interessen der arbeitenden Menschen orientierten Politik.“ (uz 45/9.11.). Dem Ruin, meint der uz-Kommentator Werner Sarbok weiter, der „Sozialstaatsidee der SPD“ in den 2000er Jahren durch Schröder, Clement u.a. habe damals die gesamte SPD-Führungselite Beifall geklatscht. Die weitere Nichtbeachtung ihrer Wurzeln könnte wegen fehlender Binde- und Solidarkräfte vollends zum Auseinanderbrechen der SPD führen und zum Ende der großen politischen Erzählung der deutschen Sozialdemokratie. Sie hat nach 1945 immer versucht, eine sozialistische Alternative links von ihr entweder zu absorbieren, klein zu halten oder zu unterdrücken. Das wurde im Kalten Krieg fast zur Staatsaufgabe. Das manifestierte sich auch immer wieder in mehr als nur Animositäten, ja sogar Feindschaften, gegenüber der KPD/DKP und der SED-PDS. Und dann, nach der Fusion der PDS mit der 2005 von SPD und Gewerkschaften weggebrochenen WASG – Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit – zur Linkspartei, auch dieser gegenüber, an welche sie Lafontaine und andere Führungskräfte verlor. Statt ihre Fähigkeiten und Kräfte in den Aufbau einer linken Alternative einzubringen, die bitter Not täte, hat sie sich mit Kanzler Schröders neoliberaler Modernisierungs-Agenda lieber auf die Wirtschaftsbosse zubewegt und in die bürgerliche Mitte orientiert. Schröders „Bündnis für Arbeit“ geriet zum Flop. All das rächt sich inzwischen und holt die SPD ein. Die SPD wird sich u.U. schon viel früher bis zum Jahresende entscheiden (müssen), ob mit „Gewürge“ (R. Habeck, Grünen-Chef) noch so weiter gewurstelt wird, oder ob über ein konstruktives Misstrauensvotum bzw. die Vertrauensfrage im Parlament und mit vorgezogenen Neuwahlen diese ungeliebte Koalition mit der Union endet.

EK/HB, 22.11.2018.

Anzeige

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst



Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,- €

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

100 Jahre unvollendete Revolution



Nach dem bewaffneten Aufstand der Matrosen 1918 in Kiel sprang der Funke der Revolution auf Hamburg und Bremen über, auf alle wichtigen Städte und industriellen Gebiete Deutschlands. Am 9. November strömten auch die abhängig Beschäftigten Berlins zum Generalstreik auf die Straße und besetzten die Kraftwerke, das Polizeipräsidium, das Telegrafamt und das Reichstagsgebäude.

1. Geburtsstunde der Republik

Sie erkämpften das Ende des Krieges. Sie erkämpften die Menschenrechte: Das Wahlrecht für Frauen, die Pressefreiheit, das Recht, die Meinung frei zu äußern, die Anerkennung der Gewerkschaften, die in der Verfassung garantierte Koalitionsfreiheit. Sie erkämpften den 8-Stunden Tag, das Tarifvertragsrecht und die schrittweise Abschaffung der privaten Arbeitsvermittlung einschließlich des Verbots der Leiharbeit. Sie erkämpften die Republik.

2. Revolution und Gegenrevolution

Der Kampf der Rätebewegung für eine andere, gerechtere Gesellschaft

und ihre blutige Niederschlagung wurden bis heute nicht vollständig aufgearbeitet. Nach dem offiziellen Geschichtsbild war es zur Einführung der parlamentarischen Demokratie mehr oder weniger notwendig gewesen, die Revolution mit weitergehenden Forderungen, wie die der Unterdrückung des Militarismus, Sozialisierung großen Kapitals und durchgreifender Demokratisierung auch in den Betrieben, brutal niederzuschlagen.

Wir sehen das anders. Gerade weil die Novemberrevolution eine unvollendete Revolution blieb, war die Republik von Anfang an in Gefahr, von ihren Gegnern zerstört zu werden. Die Freikorps, die die Revolution mit bestialischer Brutalität niederschlugen und allein in Berlin über tausend nur dürftig bewaffnete Revolutionäre mit schwerer Artillerie, Flammen-, Minenwerfern und Fliegerangriffen ermordeten, bildeten bald eine Säule der Nazi-bewegung.

Die Revolutionäre von 1918 waren nicht ein kleines Häufchen von Krawallmachern, die die Diktatur einer Minderheit über eine Mehrheit anstrebten, es handelte sich vielmehr um eine breite Massenbewegung mit dem Ziel, die Ausbeutung abzuschaffen und alle Menschen am gesellschaftlichen Reichtum zu

beteiligen. Nicht zuletzt war es eine gigantische Massenbewegung, die für alle Zeiten Schluss machen wollte mit Militär und Massensterben.

In jedem Dorf wird der Toten des 1. Weltkrieges gedacht. Wer erinnert aber an diejenigen, die diesen Krieg beendeten? Die Revolutionäre von 1918/19 waren Himmelsstürmer. Tausende sind ermordet worden. An jeden Einzelnen von ihnen sollte erinnert werden. Ihre beste Würdigung ist der Einsatz für die Ziele dieser unvollendeten Revolution: Demokratie auch in den Betrieben und das Ende von Ausbeutung, Militarismus und Krieg.

3. Pogromnacht 9. November 1938

Wir glauben nicht, dass die jährliche Erinnerung an die Reichspogromnacht von 1938 am 9. November die Erinnerung an die Revolution von 1918/19 am selben Tag ausschließt. Im Gegenteil: Wer angemessen an die Judenpogrome erinnern will, muss an die Zerstörung der Republik 1933 erinnern, die schon mit der blutigen Niederschlagung der Revolution 1918/19 begann. Die Machtübergabe an Hitler 1933 war die Vollendung der Gegenrevolution, völker- und massenmörderische Menschheitsverbrechen die Folge



und der Antisemitismus von Beginn an Teil des konterrevolutionären Programms. 1933 waren die Gegenkräfte auch des Antisemitismus niedergeworfen, 1938 die Gewerkschaften und Arbeiterparteien längst verboten, alle demokratischen Rechte längst beseitigt.

4. Der Schwur von Buchenwald

Der zweite Weltkrieg endete mit der vollständigen Kapitulation Deutschlands. Die Siegermächte – die Sowjetunion, die USA, Großbritannien und Frankreich – hatten Deutschland vom Faschismus befreit. Die Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald schworen: »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.« Das waren die Forderungen der Revolution von 1918/19. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sollten nie mehr von Großkapital und Militarismus bestimmt werden.

5. Sozialisierung

Über zwei Drittel stimmten 1946 in Hessen für die Überführung von Bergbau, Eisen- und Stahlerzeugung und Energiewirtschaft in Gemeineigentum und in Sachsen für die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher. In Sachsen und in der übrigen von der Sowjetunion besetzten Zone, der späteren DDR, wurden die Betrie-

be der Nazi- und Kriegsverbrecher enteignet.

Die Bundesrepublik behielt die Kapitalherrschaft bei. Seit 1990 feiert sie ihre Ausdehnung auf das Gebiet der DDR jährlich am 3. Oktober. Frankreich feiert in jedem Jahr am 14. Juli, dem Tag des Sturms auf die Bastille, die Geburtsstunde der Republik. Deutschland feiert den Tag der Einheit.

Die Forderung der Novemberrevolution nach Sozialisierung des großen Kapitals ist so aktuell wie vor 100 Jahren. Wenn es darum geht, die Atomkraftwerke abzuschalten, wenn es darum geht, die Erderwärmung aufzuhalten und wenn wir abrüsten wollen, haben wir als Gegner die Energie-, Auto- und Rüstungskonzerne. Muss das immer so weiter gehen, dass uns die großen Konzerne im Wege stehen? Diese Konzerne hat noch nie der Erhalt von Arbeitsplätzen interessiert. Ihre Beschäftigten nutzen sie als Geisel. Wäre es nicht an der Zeit für eine Wirtschaftsordnung zu kämpfen, in der nicht mehr Privatinteressen entscheiden und die Garantie eines zumutbaren Ersatzarbeitsplatzes für denjenigen gegeben wird, der seinen Arbeitsplatz verliert?

6. Mitbestimmung

180.000 Betriebsräte können in den Betrieben nur deswegen gewählt werden, weil die erste gesetzliche Grundlage dafür in der Novemberrevolution erkämpft wurde. 100.000 Menschen demonstrierten 1920 während der Verabschiedung

des Betriebsrätegesetzes vor dem Reichstag für sehr viel weiter gehende Rechte der Betriebsräte, vor allem auch für Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Die Sicherheitspolizei – speziell für die Aufstandsbekämpfung gebildet und von Industrieunternehmen und Banken mitfinanziert – schoss in die versammelte Menschenmenge. 42 Menschen starben.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurden in zahlreichen Bundesländern Gesetze beschlossen, die für Betriebsräte weitreichende Mitbestimmungsrechte anordneten, auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Diese Gesetze erfüllten das, was 1920 vergeblich gefordert worden war. Doch 1952 legte der Bundestag mit der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes alle weitergehenden Mitbestimmungsrechte der Bundesländer wieder hinweg. Den Streik gegen diesen Gesetzesentwurf erklärte das Bundesarbeitsgericht für rechtswidrig, sodass wir bis heute auch für das Recht auf politischen Streik kämpfen müssen.

Die Industriegewerkschaft Metall fordert auch in der Neufassung ihrer Satzung von 2016 »Mitbestimmung im Betrieb und Unternehmen und im gesamtwirtschaftlichen Bereich durch Errichtung von Wirtschafts- und Sozialräten« und die »Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum.« Es sind diese beiden Forderungen zusammen, die über die Zwänge marktwirtschaftlicher Konkurrenz hinausweisen. In

den praktischen Auseinandersetzungen spielen sie kaum eine Rolle.

7. Gleichstellung der Frauen

Mit der Revolution erreichten die Frauen das Wahlrecht. Aber in die Arbeiter- und Soldatenräten wurden Frauen nur ausnahmsweise gewählt. Und in den Parlamenten blieb der Frauenanteil in der Weimarer Republik unter zehn Prozent. Mit der Demobilisierungsverordnung von Ende 1918 wurden Frauen aus den Betrieben verdrängt. Daran waren auch die Betriebsräte beteiligt. Die nicht umgesetzten Frauenforderungen wie Recht auf Arbeit, Vergesellschaftung privater Haus- und Sorgearbeit behindern bis heute die in der Verfassung garantierte Gleichstellung.



8. Das Vergangene kehrt zurück

Die erwerbstätigen Menschen arbeiten in Deutschland ganz überwiegend als abhängig Beschäftigte. Sie haben nur ihre Arbeitskraft, von deren Verkauf sie leben. Viele leben in großer Unsicherheit. Die Digitalisierung von Arbeitsprozessen, die bisher nur als menschliche Tätigkeiten denkbar waren, bedroht die Existenzgrundlage. Viele haben Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Wer Arbeit hat, arbeitet immer häufiger nicht mehr in einem so genannten Normalarbeitsverhältnis: Immer weniger Unternehmen sind tarifgebunden, immer mehr Beschäftigte haben befristete Arbeitsverträge, eine Millionen Menschen arbeiten in Leiharbeit. Viele fürchten Armut im Alter, weil das Einkommen nicht für den Aufbau einer existenzsichernden Rente reicht. Viele fürchten, ihre letzten Lebensjahre in einem Pflegeheim verbringen zu müssen.

Abhängig Beschäftigte arbeiten fremdbestimmt. Sie entscheiden nicht darüber, was gearbeitet wird. Sie entscheiden nicht, wieviel und

wo investiert wird. Sie entscheiden nicht über die Verteilung der Gewinne, die sie erarbeitet haben. Die Demokratie hört vor den Betriebstoren auf. Ob ihre Tätigkeiten digitalisiert werden, entscheiden nicht die abhängig Beschäftigten. Ob Arbeitsbereiche ausgegliedert werden, entscheiden nicht die abhängig Beschäftigten. Über ihre Köpfe hinweg werden für die ausgegliederten Tätigkeiten auf einen Schlag Lohn, Arbeitszeit und alle anderen Arbeitsbedingungen zerstört, die zuvor über Jahrzehnte erkämpft wurden. Die abhängig Beschäftigten haben nichts zu sagen, wenn ein Betriebsteil oder der ganze Betrieb, in dem sie arbeiten, stillgelegt oder eingeschränkt wird. Die abhängig Beschäftigten haben nichts zu sagen, wenn über Massenentlassungen entschieden wird. Das Unternehmen entscheidet allein. Je mehr es um unsere Existenzgrundlagen geht, desto weniger haben wir zu sagen. Das Grundgesetz legt zwar fest, dass die Bundesrepublik Deutschland ein »demokratischer und sozialer« Rechtsstaat ist. Ist aber ein Land demokratisch, wenn die Demokratie

vor den Betriebstoren auf hört? Ist ein Land sozial, wenn soziale Unsicherheit und Existenzangst zunehmen oder wenn abhängig Beschäftigte verächtlich gemacht werden, weil sie erkämpfte Besitzstände verteidigen? Der Kapitalismus ist die Ursache für die zunehmende soziale Unsicherheit und Existenzangst. Sie sind der Nährboden, auf dem rechte und rechtsextreme Bewegungen gedeihen. Der Einzug der AfD als stärkste Opposition in den Bundestag zeigt: Das Vergangene kehrt zurück.

Die in der Novemberrevolution erkämpften Rechte müssen verteidigt werden. Weil die gegensätzlichen Interessen von Kapital und abhängig Beschäftigten heute ebenso wie vor 100 Jahren den Alltag prägen, geht es um eine konsequente Wahrnehmung der eigenen Interessen durch die abhängig Beschäftigten selbst als Gewerkschaftsmitglieder, als Betriebsratsmitglieder und parteipolitisch.

9. Abrüsten

Nach dem zweiten Weltkrieg konnten Remilitarisierung, Aufrüstung und die Stationierung von Atomwaffen nicht verhindert werden. Nach der deutschen Einheit werden deutsche Soldaten in Auslandseinsätze geschickt. Seitdem »wird Deutschland am Hindukusch verteidigt«. Jetzt sollen die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung angehoben werden. Wir unterstützen den Aufruf: »Abrüsten statt Aufrüsten«. Der Kampf gegen Militarismus und Krieg ist heute so aktuell wie vor 100 Jahren.

Aus Arbeiterpolitik Nr. 4, August 2018

Kontakt: GFSA e.V.,

Postfach 106426,

D-20043 Hamburg

arpo.berlin@gmx.de

www.arbeiterpolitik.de

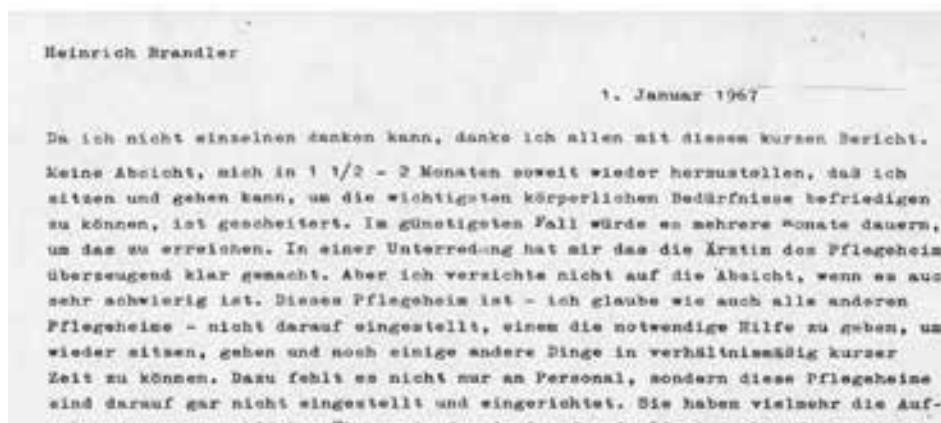


Letzte Worte zu Lebzeiten von Heinrich Brandler

(Auszüge vom 1.1. 1967) und ein Brief an Wolfgang Abendroth vom 14. Juli 1964

Heinrich Brandler hat wenige Wochen vor seinem Tode in einem Hamburger Pflegeheim in Gegenwart einiger vertrauter Bremer und Hamburger Genossen der „Gruppe Arbeiterpolitik“ noch einmal ein Resümee seiner Lebensarbeit gezogen.

Der Text vom 1. Januar 1967 beginnt folgendermaßen:



Heinrich Brandler
1. Januar 1967

Da ich nicht einzeln danken kann, danke ich allen mit diesem kurzen Bericht. Keine Absicht, mich in 1 1/2 - 2 Monaten soweit wieder herzustellen, daß ich sitzen und gehen kann, um die wichtigsten körperlichen Bedürfnisse befriedigen zu können, ist gescheitert. Im günstigsten Fall würde es mehrere Monate dauern, um das zu erreichen. In einer Unterredung hat mir das die Ärztin des Pflegeheim überzeugend klar gemacht. Aber ich verzichte nicht auf die Absicht, wenn es auch sehr schwierig ist. Dieses Pflegeheim ist - ich glaube wie auch alle anderen Pflegeheime - nicht darauf eingestellt, einem die notwendige Hilfe zu geben, um wieder sitzen, gehen und noch einige andere Dinge in verhältnismäßig kurzer Zeit zu können. Dazu fehlt es nicht nur an Personal, sondern diese Pflegeheime sind darauf gar nicht eingestellt und eingerichtet. Sie haben vielmehr die Auf-

Heinrich Brandler
1. Januar 1967

Da ich nicht einzelnen danken kann, danke ich alle mit diesem kurzen Bericht.

Meine Absicht, mich in 1 1/2 - 2 Monaten soweit wieder herzustellen, daß ich sitzen und gehen kann, um die wichtigsten körperlichen Bedürfnisse befriedigen zu können, ist gescheitert. Im günstigsten Fall würde es mehrere Monate dauern, um das zu erreichen. In einer Unterredung hat mir das die Ärztin des Pflegeheim(s) überzeugend klar gemacht. Aber ich verzichte nicht auf die Absicht, wenn es auch sehr schwierig ist. Dieses Pflegeheim ist - ich glaube wie auch alle anderen Pflegeheime - nicht darauf eingestellt, einem die notwendige Hilfe zu geben, um wieder sitzen, gehen und noch einige andere Dinge in verhältnismäßig kurzer Zeit zu können. Dazu fehlt es nicht nur an Personal, sondern diese Pflegeheime sind darauf gar nicht eingestellt und eingerichtet. Sie haben vielmehr die Aufgabe, jenen menschlichen Überrest,

der in der Agonie liegt, mehr oder weniger gut zu verpflegen und zu erhalten.

Wozu will ich diese körperlichen Kräfte wieder restaurieren? Ich hätte gern selbst meine Lebensarbeit beendet durch eine Schilderung, wie ich die jetzige Lage sehe. Ob das bis zu einem gewissen Grade hier im Pflegeheim möglich sein wird, das wird sich zeigen. Vielleicht geht es, wenn ab und zu mein Diktat stenographisch

massen zu ernähren und das leitete die ganze Entwicklungsperiode bis zum 1. Weltkrieg, bis zur russischen Revolution. Lenin proklamierte die Endphase des Imperialismus. Wir wissen, daß die neueste kapitalistische Periode nach dem 2. Weltkrieg eine Periode des Staats-Monopolkapitalismus einleitete, die zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus in den entwickelten Ländern den Massen kleinbürgerliche Existenzmöglichkeiten verschaffen konnte, mit denen sich die Massen abfanden. Auf dieser Tatsache beruht gerade die Politik der BRD, beruht die reformistische Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den Unternehmerorganisationen zur gemeinsamen Vereinbarung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, fast ohne Kämpfe. Das weist auf die Tatsache hin, daß die Entwicklun(g) vom Kapitalismus zu Sozialismus eine ganze Periode von Generationen dauern (...) [Hier endet der Brief, die Redaktion]

aufgenommen wird, oder wenn ich im Bett sitzen bzw. aufstehen und auf ein Tonband sprechen könnte. Im jetzigen Zustand bin ich dazu außerstande. Es gibt zwei wichtige Probleme: Was bedeutet die jetzige Entwicklung in England, in der BRD und in den anderen Ländern auf dem ökonomischen und politischen Gebiet? Wenn man es in der Gesamtperspektive betrachtet, muß man im Auge behalten, daß sie Anfang der Endkrise des Kapitalismus sind. Aber man muß das nicht jederzeit in der lächerlichen Weise des „alles oder nichts“ betrachten oder alles als Taktik auffassen. Der Kapitalismus ist noch nicht zu Ende mit seinen ihm innewohnenden Fähigkeiten. Im Gegenteil, wir müssen in jeder Form des Kapitalismus konkret und kritisch zu den Massen Kontakt halten. Wir haben die Spanne vom Kapitalismus bis zu seiner Ablösung durch den Sozialismus zu kurz bemessen. Der Kapitalismus war in der Lage, die entscheidenden Arbeiter-

In seinem unveröffentlichten Manuskript¹ geht Brandler von der Frage aus, warum schon vor dem Faschismus der Kampf um die Einheitsfront der Arbeiterbewegung scheiterte und die Volksfrontpolitik als alternativer Ansatz auch nach 1933 in Paris zu bekämpfen war. Der Mitbegründer der Bremer Linken und der KPD wurde als Nachfolger von Paul Levi als Vorsitzender der KPD zum Sündenbock für die „verratene Revolution“ vom Oktober 1923 mit ihrer gescheiterten Bündnispolitik erklärt. Vergeblich versuchte Brandler anschließend mit seinem Weggefährten August Thalheimer, als Oppositioneller die inzwischen stalinisierte KPD „zurückzuerobern“. Aber, so Brandler, „wir standen immer unter dem Vorwurf, wir seien Luxemburgianer mit allen ihren Fehlern“. Dabei habe er seit seinen Bremer Jahren ab 1904 gelegentlich gegen Rosa Luxemburg argumentiert, besonders was die

1- Mitschrift eines Referats von Brandler kurz vor seinem Tode (Archiv Jörg Wollenberg, Nachlass Heinz Kundel, S. 1-17).

Gewerkschaftsbürokratie und den Massenstreik betraf. Und mit den Bremer Linken um Johann Knief und Anton Pannekoek sei er im Herbst 1916 der Kritik von Rosa und Jogiches entgegengetreten, „dass wir uns zu sehr mit der Bremer ‚Arbeiterpolitik‘ solidarisierten“ und zu wenig mit dem Spartakusbund. „Wir haben zwar die ganze Zeit zu den Linksradikalen um Rosa Luxemburg, Mehring usw. gehört. Das bedeutet aber nicht, dass wir ihre Politik, die auch Lenin kritisierte und wie sie in der Junius-Broschüre vertreten wurde, in allen Fragen unterstützten, was damals in der ‚Arbeiterpolitik‘ abgedruckt wurde, die wir unterstützten“.

Brandlers Kritik an den Arbeiter- und Soldatenräten, die er wegen ihrer wenig kämpferischen Politik und der Zustimmung zur Nationalversammlung als „Angst- und Sorgenräte“ charakterisierte, veranlasste ihn Ende Januar 1919, die Rolle der Räte als selbständige Staatsorgane der Revolution zu begründen und dazu die Broschüre „Durch Räte zur Einheit der Arbeiterklasse und zum Kommunismus“ vorzulegen. Auf dem ersten Kongress der Betriebsräte der Gewerkschaften Deutschlands von 1920 konkretisierte Brandler in Auseinandersetzung mit Rudolf Hilferding (USPD) seine politische Einheitsfronttaktik (mit den Arbeitern durch Wahlen in den Betrieben zur Macht) in einer Rede, auf die er in seinen zahlreichen Referaten auf den Betriebsrätekonferenzen in Bremen, Hamburg, Sachsen, Thüringen und Rheinland-Westfalen immer wieder zurückgriff – „Referate, die ich noch 1922, als ich nach der Amnestie nach dem Rathenau-Mord (aus Moskau, J.W.) zurückkam, gehalten habe“ (S. 17). Orientiert an den eigenen Erfahrungen als Gewerkschaftssekretär des Bauarbeiter-Verbandes in Bremen und Chemnitz vor 1914 setzte Brandler stets auch auf den Masseneinfluss der reformistischen Gewerkschaften und vertraute nicht allein der Partei.

Deshalb kritisierte er 1920 mit Paul Levi an der „Kommunistischen Internationale als einer zentralen Einheitsorganisation für die Entwicklung des Weltkommunismus und der Weltrevolution“ die einseitige Ausrichtung, „die von Moskau aus ...die Führung



übernimmt“. (S. 6). Denn „mein Standpunkt ist – und davon bin ich immer ausgegangen -: Nur wenn man den entscheidenden Teil der Arbeiterklasse für die revolutionären Ziele gewinnen kann, nicht nur für die Propaganda, sondern dass sie in der Tat sich dafür einsetzen, dann ist die Revolution möglich“ (S. 6). Schon 1916 hätte er sich, so Brandler in seinen Erinnerungen von 1967, gegen Paul Frölichs Artikelserie in der Bremer „Arbeiterpolitik“ zu Gewerkschaftsproblemen gewandt und Frölichs Appell: „Schluss mit den reformistischen Gewerkschaften, sie hindern nur die Arbeiterschaft“ bekämpft. Deshalb habe er dem Chefredakteur Johann Knief mitgeteilt, er würde auf eine weitere Mitarbeit verzichten: „Knief hat mir dann geschrieben, so wichtig sei doch diese Sache nicht. Worauf ich ihm antwortete: ‚Für Dich ist es nicht wichtig als Schulmeister, Du weißt nicht um die Bedeutung dieser Gewerkschaften auch im Krieg und nach dem Kriege‘. Und ich habe keine Zeile für die ‚Arbeiterpolitik‘ mehr geschrieben“. (S. 3)

Heinrich Brandler ging davon aus, dass Wolfgang Abendroth das Vorwort zu diesem „Nachruf zu Lebzeiten“ verfassen würde. Abendroth, ehemaliges Mitglied der KPD(O), war nach 1945 als „Partisanenprofessor im Lande der Mitläufer“ (Jürgen Habermas) bei aller grundsätzlichen Kritik am Stalinismus nicht ins Lager des Antikommunismus übergelaufen. Er setzte trotz aller Niederlagen der sozialistischen Arbeiterbewegung weiter auf den Weg zu Frieden, Freiheit und

Sozialismus. 1967 verfasste er in der „Neuen Kritik“, Heft 44, einen Nachruf auf Brandler, der folgendermaßen endete: „Ihm ist es stets um die Sache des Sozialismus, nicht um seinen persönlichen Ruhm gegangen, seit er schon vor der Jahrhundertwende als junger Arbeiter in die Gewerkschaftsbewegung und der damals noch revolutionären Sozialdemokratie eingetreten war. So wird Heinrich Brandlers Charakter ein Vorbild für neue Generationen der sozialistischen Bewegungen bleiben, gleichgültig, ob man im einzelnen alle seine Entscheidungen billigt oder nicht“. So Abendroth in: Die Aktualität der Arbeiterbewegung, hrsg. von J. Perels, 1985, S. 174f.

Unerbittlich korrigierend und herausfordernd verfuhr Brandler auch mit seinen Bündnispartnern und Freunden. Dazu als Beispiel ein Brief an Wolfgang Abendroth vom 14. Juli 1964 mit einer scharfen Kritik u.a. an Abendroths Hoffnung auf die „Reformfähigkeit der SPD“, die er noch 1964 im „Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie“ vertrat: „Ein Leitfaden für Studenten“, aber nicht geeignet „für Aktionen der Kämpfer für den Sozialismus...“:

Hamburg, d.14. Juli 1964

Werter Genosse Abendroth!

Mit Deiner Arbeit: „Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie“ gibst Du einen Leitfaden für Studenten. Dabei beschränkst Du dich in der Hauptsache auf die Darstellung der verschiedenen ideologischen Wandlungen, ohne sie mit den objektiven Ursachen dieser Änderungen zu konfrontieren. Das ist wahrscheinlich ein Vorteil für Universitätsstudenten, weil es ihrem Studium angepasst ist. Studenten, die sich an Deinen Leitfaden halten, Deinen Literaturnachweis durcharbeiten und sich mit den wichtigsten Teilen der zitierten Programme bekanntmachen, werden ein allgemeines Wissen zum diskutieren erhalten. „Mit Worten lässt sich trefflich streiten, mit Worten ein System bereiten“ Zu Aktionen der Kämpfer für den Sozialismus genügt dieses Wissen der ideologischen Widerspiegelungen der Geschichte der sozialistischen Bewegung nicht.

Sozialistischer Kämpfer wird man durch das Erleben. Der Arbeiter kommt zum Sozialismus meist ohne jede Kennt-

nis der verschiedenen Ideologien und deren objektive Ursachen. Subjektiv gefärbte Vorstellungen vom Sozialismus, oft

international sehr wenig theoretisch geschulte Kräfte aus der Intelligenz hatte und hat. Von theoretischen Studium ist

am Sozialismus. Weder die Werktätigen noch die Intellektuellen sind in der Periode der langdauernden Hochkonjunktur

Hamburg, d. 14. Juli 1964

Werter Genosse Abendroth!

Mit Deiner Arbeit: "Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie" gibst Du einen Leitfaden für Studenten. Dabei beschränkst Du Dich in der Hauptsache auf die Darstellung der verschiedenen ideologischen Wandlungen, ohne sie mit den objektiven Ursachen dieser Änderungen zu konfrontieren. Das ist wahrscheinlich ein Vorteil für Universitätsstudenten, weil es ihrem Studium angepasst ist. Studenten, die sich an Deinen Leitfaden halten, Deinen Literaturnachweis durcharbeiten und sich mit den wichtigsten Teilen der zitierten Programme bekanntmachen, werden ein allgemeines Wissen zum diskutieren erhalten. "Mit Worten lässt sich trefflich streiten, mit Worten ein System bereiten" Zu Aktionen der Kämpfer für den Sozialismus

utopisch und konfus, bilden den ideologisch gefühlsmässigen Ausdruck für ihre Klassenbedürfnisse in den bestimmten Phasen und Aktionen der Werktätigen. Als qualifizierter Klassenkämpfer müssen sie sich allerdings ein bestimmtes Wissen vom Sozialismus aneignen. Für den Arbeiter sind nicht allgemeine Informationen erforderlich. Er kann sie gar nicht verarbeiten. Es ist kein Zufall,

der Zugang zum revolutionären Kämpfer auf Grund dieser Erfahrung wohl noch schwieriger, wie für den unwissenden Werktätigen. Erst mit dem steigenden Einfluss der sozialdemokratischen Bewegung kommen die Intellektuellen zum Zuge, in den Perioden des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bereits in der kapitalistischen Phase der bürgerlichen Gesellschaft. Zum Beispiel in den

des Nachkriegskapitalismus zu sozialistischen Bedürfnissen gelangt. Ihre privaten Möglichkeiten, die ihnen der Kapitalismus in dieser Periode zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse bietet, und im Interesse der kapitalistischen Ausbeutung bieten muss, macht sie diesem Kapitalismus untertan, lässt ihnen den Sozialismus und Marxismus als überholt erscheinen und finden in ihrer Ideologie von (der) Reform im Rahmen der parlamentarischen Demokratie ihren Ausdruck. Die bürgerlich parlamentarische Demokratie bildet zur Zeit die Fahne, unter der sich die Konterrevolution sammelt. Wäre diese Ideologie Ausdruck wissenschaftlicher Erforschung

Auf Einzelheiten Deiner Geschichtsdarstellung einzugehen führt zu nichts. Wenn meine Auffassung richtig ist, dann ist Dein letzter Abschnitt: "Die gegenwärtige Situation" der bedenklichste Deiner Arbeit. Er geht von der Reformfähigkeit der SPD aus, und Du forderst die Arbeiter zu dieser Reformtätigkeit auf, weil die SPD noch bei keinem neuen 3. August 1914 und 17. Mai angelangt ist. Du meinst, die Partei solle und könne den Entwicklungsprozess noch umkehren.... Bis jetzt hat noch keine Partei irgendwo und irgendwann eine Entwicklung umgekehrt. Sie ist stets von der Entwicklung "umgekehrt" worden.

Nicht die Führer haben die Revolutionen gemacht, die Revolutionen hat die Führer in Wechselwirkung mit den Taten der revolutionären Massen gemacht,

dass in der Bundesrepublik nicht einmal die sozialdemokratischen Arbeiter eine sozialdemokratische Tageszeitung sich geschaffen haben. Sie begnügen sich mit Bild-Zeitung, die die herrschende Klasse von ihren Schreiberknechten herstellen lässt. Das ist neben dem Zweck der Volksverdummung noch ein gutes Geschäft durch die Millionen-Auflagen. Vor dem ersten Weltkrieg auf dem Nürnberger Parteitag der Sozialdemokratie und in einem Diskussionsartikel der „Neuen Zeit“ 1908 habe ich für proletarische Schulungsarbeit einen Plan für Spezialwissen vorgeschlagen.

Es ist kein Zufall, dass die sozialistische Arbeiterbewegung national und

skandinavischen Ländern im Wohlfahrtsstaat – und in verschiedenen Volksrepubliken im sozialistischen Block. Aber auch in der Bundesrepublik als Abgeordneter der parlamentarischen Demokratie, als Länderbeamter, Bürgermeister und so fort. Als sachverständige Bürokraten, nicht als Sozialisten. Es ist falsch, die Bürokratie für die Passivität der Massen verantwortlich zu machen, umgekehrt, die Passivität der Massen aus politischer Indifferenz oder mangelnder Qualifikation der Werktätigen wird die Bürokratie notwendig, und Bürokratie und Werktätige beeinflussen sich unter diesen Bedingungen gegenseitig.

Die Beschränkung auf diese Bedürfnisse sind nicht Ergebnisse eines Verrats

des Nachkriegskapitalismus – dann wäre der Marxismus tatsächlich überholt und als Utopie erkannt. Aber Marx und Engels haben nur die Rolle der Arbeiterklasse als subjektiver Faktor gegen objektive Entwicklungstendenzen überschätzt. Besonders Engels, der hoffte, die deutsche Arbeiterklasse werde den Verrat der deutschen Bourgeoisie an den kapitalistischen Prinzipien sühnen, durch praktische Anwendung der sozialistischen Prinzipien. Aber auch die deutsche Arbeiterklasse kämpft für Augenblicks-Bedürfnisse, nicht für sozialistische Prinzipien. An den revolutionären Prinzipien des Marxismus wurde die Propaganda für den revolutionären Sozialismus Leitfaden.

Den revolutionären Aktionen fehlten in Deutschland und Westeuropa die revolutionären Voraussetzungen. Daran wird sich solange nichts ändern, bis das Wirtschaftswunder der kapitalistischen Hochkonjunktur in der Überproduktionskrise wieder objektiv revolutionäre Verhältnisse erzeugt. „Und wenn der Mantel fällt – fällt der Herzog“ die reformistischen Ideologien mit.

Auf Einzelheiten Deiner Geschichtsdarstellung einzugehen führt zu nichts. Wenn meine Auffassung richtig ist, dann ist Dein letzter Abschnitt: „Die gegenwärtige Situation“ der bedenklichste Deiner Arbeit. Er geht von der Reformfähigkeit der SPD aus, und Du forderst die Arbeiter zu dieser Reformtätigkeit auf, weil die SPD noch bei keinem neuen 3. August 1914 und 17. Mai(i) angelangt ist. Du meinst, die Partei solle und könne den Entwicklungsprozess noch umkehren.... Bis jetzt hat noch keine Partei irgendwo und irgendwann eine Entwicklung umgekehrt. Sie ist stets von der Entwicklung „umgekehrt“ worden.

Nicht die Führer haben die Revolutionen gemacht, die Revolutionen hat die Führer in Wechselwirkung mit den Taten der revolutionären Massen gemacht, weil und insofern sie der allgemeine Ausgang aus nicht mehr lebensfähigen Herrschaftsverhältnissen geworden sind. 14. Juli 1789 stürmten die Massen in Paris die Bastille. Demoulin rief zur Volksbewaffnung. die Pariser Komm(une) 1871 war spontane Aktion der Massen. Marx verteidigte sie nach der Nieder(lage,) obgleich er vorher abgeraten hatte. 1905 und 1917 überraschte der Ausbruch der Revolution durch die Massen ihre Führer in der Emigration. Das sorgfältige Studium der russischen Verhältnisse gab Lenin die Fähigkeit, die spontane Aktion zu organisieren und zu führen. Beschaff Dir die Juli-Num(mer) von „Marxism Today“ John Gollan gibt ausführliche Übersetzungen von Lenin(s) Tätigkeit im Kampf um die Macht aus den letzten russischen Ausgaben, die (ich) im Original selbst noch nicht kenne. Wenn Du von Deinen Studenten die Sac(hen) deutsch übersetzen lassen könntest, wäre ich Dir sehr dankbar.

Mit besten Grüßen, H.B.

Jörg Wollenberg

Pressefreiheit kennt keine Grenzen! – Aufruf zur praktischen Solidarität mit der türkischen Tageszeitung „Evrensel“

Eine lebendige Demokratie braucht freie und unabhängige Medien wie die Luft zum Atmen. Wie kritisch die gegenwärtigen Verhältnisse in der Türkei sind, lässt sich daher nicht zuletzt daran ablesen, wie die Regierung von Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan mit kritischen journalistischen Stimmen umgeht.

Seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 ließ sie mehr als 170 Zeitungen, Zeitschriften, Fernseh- und Radiosender, Nachrichtenagenturen sowie Verlage schließen, weil sie angeblich die „nationale Sicherheit“ gefährdeten.

Es wurden weit über 100 Journalistinnen und Journalisten verhaftet und mehr als 700 Presseausweise annulliert. Auf der Rangliste der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ belegt die Türkei mittlerweile Platz 157 von 180.

Für diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht ihre Freiheit oder ihren Arbeitsplatz verloren haben, haben sich die Arbeitsbedingungen dramatisch verschlechtert. Inzwischen gibt es in der Türkei nur noch ganz wenige Medien, die nicht als gleichgeschaltet bezeichnet werden können. Eine davon ist die Tageszeitung „Evrensel“.

Aber auch sie ist akut in ihrer Existenz bedroht. Regelmäßig werden einzelne Ausgaben der linken und gewerkschaftsnahen Zeitung konfisziert. Durch teure Gerichtsverfahren wird versucht, die ökonomische Existenz von „Evrensel“ zu zerstören. Immer wieder wird sie wegen vermeintlich unbotmäßiger Artikel zu hohen Strafzahlungen verurteilt. Redaktionsmitglieder sehen sich willkürlichen Verhaftungen ausgesetzt. Eine solche Zermürbungstaktik durchzuhalten, ist kein leichtes Unterfangen und kostet viel Kraft. Desto wichtiger ist jetzt unsere Solidarität und Unterstützung.

Bis zum Juli 2016 befand sich die Istanbul Zentralredaktion von „Evrensel“ in gemeinsamen Räumlichkeiten mit dem regierungskritischen Fernsehsender Hayatın Sesi TV. Zudem gab es noch die monatliche Kulturzeitschrift „Evrensel Kültür“. Doch sie gehören beide zu jenen Medien, die ohne nachvollziehbaren Grund unmittelbar nach dem Putschversuch per Notstandsdekret geschlossen wurden. Ihr Vermögen wurde beschlagnahmt. So ist nur noch „Evrensel“ übriggeblieben. Die Frage ist allerdings: Wie lange noch?

Die 1995 gegründete Tageszeitung kämpft um ihr Überleben. Es gibt verschiedene Wege, unbequemen Journalismus mundtot zu machen. Ebenso wirkungsvoll wie staatliche Verbote kann auch eine ökonomische Drangsalierung sein. Darauf setzt offenkundig das autokratische Regime Erdoğan im Fall von „Evrensel“.

Tatsächlich wird die finanzielle Situation der Zeitung aufgrund der verhängten Strafzahlungen, eines Anzeigenboykotts öffentlicher Stellen und der drastisch gestiegenen Papierpreise zunehmend prekärer. Doch noch streitet die Redaktion unverdrossen für demokratische Verhältnisse in der Türkei.

Helfen wir mit, dass ihr der Atem nicht ausgeht! Wir dürfen unsere Kolleginnen und Kollegen in der Türkei nicht allein lassen. Der Kampf für Presse- und Meinungsfreiheit ist international. Deswegen rufen wir hiermit zu einer finanziellen Unterstützung von „Evrensel“ auf. Sorgen wir mit dafür, dass diese kleine wichtige Zeitung dem ungeheuren ökonomischen und politischen Druck weiter standhalten kann.

Erstunterzeichner

1. Frank Überall (DJV-Bundesvorsitzender)
2. Peter Freitag (stell. Bundesvorsitzender der dju in ver.di)
3. Georg Löwisch (taz-Chefredakteur)
4. Ulrike Herrmann (taz-Redakteurin)
5. Doris Akrap (taz-Redakteurin)
6. Elisabeth Kimmerle (Redakteurin taz.gazete)

Anzeige



ROTE HILFE e.V.

Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

**Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen**

**IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE**

Schwerpunkt 3/2018: Staatsschutz – Der NSU vor Gericht

DIE ROTE HILFE
Zeitung gegen Repression

DIE ROTE HILFE
erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

**Erhältlich auch in gut sortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**



Was geht MICH denn BAYER an?

JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!

Bitte scannen 

Name Vorname Alter

Straße, Hausnr. PLZ, Ort

eMail Telefon

Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)
Postfach 15 04 18
D-40081 Düsseldorf
Deutschland
info2@CBGnetwork.org
www.CBGnetwork.org



Literaturliste

- K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition** eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag 1983, 234 Seiten , 14,00 €
- Die Bremer Linksradiakalen** 66 Seiten, 3,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 3,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 2,50 €
- Fluchtpunkte**, Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung 316 Seiten, 20 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- August Thalheimer and German Communism** – Revolutionary History 320 Seiten, 15 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 5,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 3,00 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 4,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 7,50 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition (z.Z. leider nicht lieferbar) 1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“, werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €

ISBN 3-00-010296-5

Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“, Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
ISBN 3-9809970-4-9**



**510 Seiten, Paperback,
20,- €**

ISBN 3-87975-767-4



**624 Seiten, Paperback,
20,- €**

ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder:

redaktion@arbeiterstimme.org